

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Pettizeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 3. Sonnabend, den 21. Januar 1911. 15. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Pflastersteinzollrummel. III. — Tuberkulose und pfälzische (Stein-) Arbeiterchaft. — Unfallverhütung und Arbeiterschutz. — Submissionen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstelle. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Massen und Führer. II. — Der eingestellte Kampf im Heppenheim Bezirk. — § 253 vor dem Reichstag. — Aus einer Abrechnung der Christlichen. — Heimarbeiterschutz.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wesentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Sperret sind:** Baumholder: Firma Burger. — Emden: Pflaß Kleefemann. — Sulzfeld (Baden): Firma Jakob Kern. — Miltenberg, Amorbach, Bürgstadt und Eichenbühl: Die Betriebe der Firma Zeller. — Demitz-Thumitz: Die Firmen Döcke & Forke und Eisold. — Reinheim: Die Firma Jakob & Komp. in Wersau. — Baldunstein: Zementfabrik Hemminge. — Dresden: Granitwerk Keil & Co. — Liebertsberg (Fichtelgeb.): Granitwerk Paul Jakob.

**Heppenheim a. d. Bergstraße.** Im hiesigen Granitbezirk sind die Differenzen durch eine Vereinbarung beigelegt. (Siehe Artikel.) Aus betriebs-technischen Gründen konnten nicht alle Kollegen eingestellt werden; zirka 70 Kollegen sind davon betroffen. Die reisenden und abgereisten Kollegen mögen hieraus ihre Konsequenzen ziehen.

**Obau.** Die Granitarbeiter der Firma Kloß haben den Tarif gekündigt. Die Firma ist bemüht, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen.

**Übed.** Die Kollegen der Firma Emil Plettner (vorm. Löbeck & Passarge) haben den begonnenen Streik siegreich beendet. Der vorgelegte alte Kieler Tarif wurde abgewehrt.

**Bennigsen.** Die Firma C. Mensig bezahlt so schlechte Preise, daß wir den reisenden Kollegen den Hinweis geben müssen, sie möchten nach hier den Zugang unterlassen.

**Reichenbach im Odenwald.** Die Firma Deutsche Steinindustrie Aktien-Gesellschaft hat ihren Arbeitern gekündigt. Grund hierzu ist folgender: Die Firma verlangte von den Kollegen eine schriftliche Erklärung dahingehend, daß die Hilfsarbeiter während dem Bestehen des Steinmeß- und Schleifertarifes keine Lohnforderungen und auch keine Massenkündigung vornehmen. Diese Forderung der Firma wurde natürlich abgelehnt. Der Streik unserer Kollegen ist somit perfekt geworden. Die Granitarbeiter haben Zugang fernzuhalten.

**Bremen.** Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter ist erledigt. Außer einigen Verbesserungen konnte der Stundenlohn für gelehrte Sauer von 65 auf 70 Pfg. und der Lohn für Schleifer von 55 auf 57 1/2 Pfg. erhöht werden.

**Eichershausen.** Die Firma Annawerk Brunkenjen hat sämtliche Steinmeßen, die sich keinen Lohnabzug gefallen lassen wollten, entlassen. Zugang ist fernzuhalten.

**Ettringen bei Mayen (Rheinland).** Die Firma Gebrüder Ott hat unseren Mitgliedern gekündigt, weil sie sich weigerten, aus dem Verbands auszutreten. Die Firma ist gesperrt.

**Sperret sind:** Schweiz: Surava, Zürich, Basel. — Oesterreich: Wien, Graz. — Frankreich: Abainville.

## Pflastersteinzollrummel.

III.

### Die „Notlage“ der Hartsteinindustrie.

Es wundert uns, daß unsre Hartsteinindustriellen nach den bisher gepflogenen Lamentationen wirtschaftlich noch nicht ganz zugrunde gegangen sind. Immer wieder müssen wir den Ruf hören: Der Hartsteinindustrie geht es schlecht, und bei den Tarifverhandlungen wird den Steinarbeitern zum so und so vielen Male vorgehalten, daß meistens die Jahresabschlüsse keinen Gewinn aufweisen. Was ist an den Behauptungen der Unternehmer nun wahr? Wir sagen es von vornherein, die Herren verstehen ungeheuer zu übertreiben. Zunächst sei bemerkt, daß die Hartsteinindustriellen bei den Lieferungen in finanzieller Beziehung nur selten ein Risiko haben. Sie stehen größtenteils mit städtischen und staatlichen Behörden im Geschäftsverkehr, und wenn die Lieferungsfristen innegehalten werden, dann gibt es auch pünktlich Geld. Wir verkennen nicht, daß auch uns die Lieferungsverträge öfter sehr bureaukratisch erscheinen, aber es ist

Sache der Unternehmer, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. — Der kleine Steinmeßmeister, welcher die Lieferung von Haussteinarbeiten nach den Städten übernimmt und dem Kaufpefulant in die Hände fällt, hat sicherlich ein weit größeres Risiko, als wie der Pflastersteinlieferant, der seine Steine nach Leipzig, Hof, Weidau, Plauen usw. liefert.

Die großen Unternehmungen florieren, und diese Behauptung ist mit Leichtigkeit zu beweisen. Prüfen wir zuerst an der Hand der Dividendenliste der Jahre 1908/09, wie die hervorragendsten deutschen Hartstein-Aktiengesellschaften finanziell abgeschlossen haben:

	Aktienkapital Mk.	Dividende in Prozent 1908	1909
Basalt-Aktiengesellschaft in Linz a. Rh.	6 000 000	5	5
Mitteldeutsche Hartsteinindustrie, A.-G., in Steinau	1 400 000	8	5 1/2
Bayerische Hartsteinindustrie, A.-G., in Würzburg	1 200 000	14	11
Erste bayrische Basaltstein-Akt.-Gesellsch. in Bayreuth	400 000	15	?
Bayerische Granit-A.-G. in Regensburg	1 000 000	6	7
Bergisch-Märk. Steinindustrie in Köln	1 800 000	5	5
Odenwälder Hartsteinindustrie, A.-G., in Darmstadt	1 400 000	7	7
Hohburger Porphyrrwerke in Ködnitz (Bezirk Leipzig)	1 900 000	8	8

Die aufgeführten Aktiengesellschaften produzieren meist Pflastersteine, Mosaisk, Marschlag usw. Wir haben die Werke, die größtenteils Steinmeßarbeiten herstellen, bei unserer Betrachtung mit Vorbedacht nicht herangezogen, denn die Zollpetenten sind ja nur Pflastersteinindustrielle.

Wir können doch wohl an der Hand obiger Zahlen sagen, daß die Hartstein-Aktiengesellschaften geradezu glänzend prosperieren. Die Herren Aktionäre allerdings haben mit 7, 8 und 9 Prozent Dividende eben den Hals noch nicht voll, und so werden sie weiter jammern, denn sie wollen vom Mehrwert, welchen unsre Kollegen erzeugen, noch mehr einheimen. Aber die Dividendenliste allein beweisen noch nicht alles in geschäftlicher Beziehung. Die Hartstein-Aktiengesellschaften verteilen jährlich Tausende von Mark an Gratifikationen für die Herren Beamten, und die Herren Aufsichtsräte bringen ihre fetten Tantiemen ebenfalls frühzeitig genug in Sicherheit.

Und daß es um die Aktiengesellschaften nicht schlecht bestellt ist, zeigen ja die Geleitworte, welche sie ihren Geschäftsberichten mitgeben. Die Basalt-Aktiengesellschaft Linz a. Rh. bemerkte im Berichte des Jahres 1908 folgendes:

Die seither gepachteten Steinbrüche und Lagerplätze des Hessisch-Rheinischen Bergbauvereins in der Gegend von Linz wurden angekauft, ferner eine größere Beteiligung an der Basaltgesellschaft Limbergskopf, deren Geschäftsführung die Basalt-Aktiengesellschaft übernahm, erworben. — Die Verkaufspreise konnten bis zum Herbst für alle Sorten auf einer befriedigenden Höhe gehalten werden. Im Basaltgeschäft wurde weitere Ausdehnung des Kundenkreises erzielt.

Aus dieser Auslassung geht hervor, daß die Linzer Werke, welche mit 6 Millionen Mark Aktienkapital arbeiten (übrigens ist jetzt eine Fusion mit der Bergisch-Märkischen Steinindustrie im Gange), in geschäftlicher Beziehung sicherlich nicht klagen können. Und die Aktienpapiere haben sich die Herren Kapitalisten vor Jahren förmlich abgejagt. Die genannte Gesellschaft liefert überdies beträchtliche Steinquanten nach den Niederlanden; aber die Direktoren schreien selbstredend gegenüber Schweden nach einem Zoll. Es ist auch nicht schlecht, wenn man so gut patriotisch sein kann, um die Einfuhr fernzuhalten, aber die eignen Erzeugnisse im Auslande unterbringen will.

Der Geschäftsbericht für 1908 der großen Hohburger Porphyrrwerke gibt uns sehr interessante Aufschlüsse. Es heißt dort:

Die durch den Betrieb selbsttätig eintretende Vergrößerung der Steinbrüche ergab auch im abgelaufenen Geschäftsjahr (1908) eine Erhöhung der Produktion. Es wurden 222 111 Tonnen Steine produziert, gegen 214 703 Tonnen des Jahres 1907. Die in letzter Zeit regere Nachfrage nach Steinen, sowohl bearbeiteten als rohen, verbunden mit der Tatsache, daß der größte Teil der Produktion für 1909 bereits verkauft ist, berechtigen zu der Erwartung, daß das Ergebnis für das Jahr 1909 ein befriedigendes sein wird.

Wie aus der Dividendenliste hervorgeht, konnte das Werk im Jahre 1909 wiederum 8 Prozent Dividende verteilen. Geradezu frappierend ist der Hinweis, daß bei Jahresabschluss schon gesagt werden konnte, die Produktion für 1909 ist beinahe völlig verkauft. Wir erlauben die Zollfreunde, uns zu sagen, welche Werke anderer Branchen unter so günstigen Auspizien arbeiten können. Und in technischer und beruflicher Beziehung werden sicherlich an die Leiter der Pflastersteinbetriebe keine zu hohen Anforderungen gestellt. Der Direktor der Hohburger

Aktiengesellschaft, ein Herr L u g n y, fungierte netto bis zum 30. Lebensjahr als Unteroffizier. Kaufmännische Erfahrungen hat jener Herr beim Militär sicherlich nicht groß sammeln können, aber das von ihm dirigierte Werk weist horrende Ueberschüsse auf. Womit wir sagen wollen, daß die Pflastersteinbetriebe, wenn sie in geologischer Beziehung (soweit also die Gesteinslagerung in Frage kommt) günstig gestellt sind, meist flott rentieren. Daß es also um die Aktiengesellschaften nicht schlecht bestellt ist, haben wir mit Ziffern bewiesen, daran kann nicht gerüttelt werden.

Wie stehen sich nun die Einzelunternehmer in der Hartsteinbranche? Da wir in die Geschäftsbücher keinen Einblick nehmen können, wir möchten sagen leider, leider, so muß unsre Beweisführung eine indirekte sein, womit nicht ausgedrückt sein soll, daß wir uns bloß auf Vermutungen stützen. Beginnen wir mit dem geschäftigeren Herrn Nathan Schall in Strehlen (Schlesien). Der arme Herr Schall pachtete vor etwa 10 Jahren den städtischen Granitsteinbruch in Strehlen. Als Jahrespacht um me entrichtete bis dorthin die Firma Völker und Nikolai (Breslau) 36 000 Mk. Herr Schall bot mit einem Schläge 72 000 Mk. Jahrespacht; der Zuschlag wurde ihm von den Stadtvätern freudigst erteilt. Zehn Jahre lief er nun seine Arbeiter im Schweiß ihres Angesichts schaffen, und wenn unsre Kollegen höhere Löhne haben wollten, da jammerte Herr Schall nach Noten. Immer lautete der Refrain: Ich verdiene nichts. Das Jahr 1910 brachte die Neuverpachtung. Den Arbeitern waren ja die Klagen des Pächters bekannt, und so dachten sie, Herr Schall würde den Strehleiner Staub von den Pantoffeln schütteln. Aber was geschah? Herr Schall bot pro Jahr für den Pflastersteinbruch 100 000 Mk. (Hunderttausend) Pacht, und er ließ sich auf 18 Jahre kontraktlich binden. Aber der Pächter muß ungeheuer viel Geld verdient haben, denn er kaufte im Groß-Rosener Gebiet (Kreis Striegau) große Bestellungen an, um die Granitlager auszubeuten. Aber trotzdem wird Herr Schall mit seinen obersten Angestellten über die schlechte Geschäftslage in der Granitbranche herzynniglich weiterjammern, und die Arbeiter müssen es glauben.

Die Granitindustriellen des Striegauer Gebiets, die Herren Lehmann, Bartsch, Thasler, Weiß, Heidrich usw. klagen ja auch in den bewegtesten Tönen über mangelnden Geschäftsgang. In die Handelstammerberichte werden ja die wunderlichsten Dinge lanciert. Aber alle diese Herren haben klein angefangen, und heute dirigieren sie — wenn wir so sagen dürfen — neben ihren landwirtschaftlichen Gütern die ungeheuer ausbeutungsfähigen Steinbrüche. Wir treten den Herren nicht zu nahe, wenn wir sagen: in geschäftlicher Beziehung haben sie Hervorragendes noch nicht geleistet. Wo sind ihre vorzüglich eingerichteten Steinbrüche, wo sind die hervorragenden Neuerungen in maschineller Beziehung, die sie benötigen? Man merkt nichts, daß jene Herren, welche Brüche mit vorzüglichen Gesteinslagerungen besitzen, gewiegte, weit ausschauende Unternehmer wären. Aber trotz des sehr mittelmäßigen Geschäftsganges, über das sie verfügen, haben sich die Herren finanziell geradezu in bewunderungswürdiger Weise „emporgearbeitet“ (!). Das Lied vom schlechten Stand der Granitindustrie können sie aber ebenfalls nach Noten singen. Unsre Striegauer Kollegen kennen die entsprechende Melodie seit Menschengedenken auswendig.

Wenden wir uns nun den sächsischen Hartsteinindustriellen zu; vielleicht entdecken wir bei ihnen eine Notlage. Beginnen wir zuerst mit der Lausitzer Granitindustrie. Die Steinbrüche sind größtenteils neuzeitlich eingerichtet, es werden alle technischen Errungenschaften ausgenutzt. Vom Standpunkt des Arbeiters müssen wir sagen: Recht so. Die leitenden Personen sind geschulte Techniker und Kaufleute, und die Betriebe werden mit einem geschäftlichen Raffinement geleitet, welches seinesgleichen sucht. Im Vergleich zu Striegau müssen wir also einen ungeheuren Fortschritt konstatieren und die Note 1a geben. (In Klammer müssen wir aber schon recht nachhaltig setzen, daß die Arbeiterbehandlung sehr viel zu wünschen übrig läßt. Wenn unsre Kollegen wegen der Verbandszugehörigkeit nicht mehr wie früher gemäßigelt werden, so kommt das daher, weil die Lausitzer Unternehmer viele staatliche und städtische Aufträge ausführen, und da läßt sich es nicht gut machen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Hoffentlich verstehen uns die Unternehmer. Die Red.)

Im Demitz-Thumitzer Bezirk kommen folgende Firmen in Betracht: C. G. Kunath, C. Sparmann u. Co., R. Rogg, Döcke u. Forke, Köhler, Holzammer u. Bauer und G. Eisold. Nach einer am 1. Mai 1909 vorgenommenen Zählung waren 1420 Arbeiter beschäftigt, davon bei der Firma Kunath 710 und bei der Firma Sparmann 320. — Daß sich die Lausitzer Steinindustrie über schlechten Geschäftsgang nicht zu beklagen hat, wollen wir mit einigen Zahlen dartun, die wir dem Reichardt'schen Werkchen\* entnehmen.

\* Die Granitindustrie in Demitz-Thumitz, Schmölln und Tröbigen oder an und auf dem Klosterberge, vom königlichen Gewerbeamt Reichardt, Bautzen. (Verlag von R. Seydel.)

Der Steinverband von der Station Demitz aus hat sich folgendermaßen entwickelt:

1888 betrug der Verband	775
1898 " " "	5000
1908 " " "	12500

Das ist eine geradezu rapide Entwicklung der Lausitzer Granitindustrie, wie sie kein anderer Bezirk Deutschlands aufweisen kann. Nun kann die gewonnenen Abfälle vollständig verwertet, denn er verkaufte im Jahre 1908 etwa 20 000 Kubikmeter Klar- und Feinschlag. Die Firma Sparmann versandte im Jahre 1909 an Pfälzer Steinen 3000 Waggons, und 1110 Waggons Steinmeharbeiten. Bei solchen Massenumfängen streichen die Firmen horrenden Gewinne ein, das zeigt ja die ganze Geschäftsentwicklung. Die Löhne der Arbeiter, die zu 90 Prozent aus Anfängern bestehen, sind gering und wurden bisher nach Gutdünken festgesetzt.

### Tuberkulose und pfälzische (Stein-) Arbeiterschaft.

Bei der Eröffnung der letzten Tagung des pfälzischen Landrats teilte der Regierungspräsident in seiner Eröffnungsansprache den Herren Landräten mit, daß auch im letzten Berichtsjahre zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten sehr „Vieles“ geleistet worden sei. Besonders habe man sich die Bekämpfung der Tuberkulose angelegen sein lassen. Dieser etwas erfreulichen Mitteilung fügte der Herr Präsident den betrübenden Schlusspassus an, indem er sagte: „Die Tuberkulose sei zurzeit in der Pfalz weiter verbreitet als in Gesamtbayern und in Deutschland.“

Diese Auslassung veranlaßt uns, die Ursache dieses Übels näher zu besprechen. Wenn nun die Kreisregierung die Unterstützung von Städten und Vereinen, die sich der besonderen Tuberkulosebekämpfung widmen, durch fortlaufende Geldmittel empfiehlt, so verdient dies unsere volle Anerkennung. Jedoch scheint uns diese Art „Bekämpfung“ nur eine oberflächliche zu sein. Nicht die Tuberkulose allein muß bekämpft werden, sondern man muß die Entstehungsursache dieser Seuche zu beseitigen oder doch zu verringern suchen.

Die starke Verbreitung dieser Krankheit in der Pfalz dürfte vor allem in der starken Ausdehnung der pfälzischen Steinindustrie ihre Ursache haben. Nicht minder dürften die Kohlenbergwerke in der Hinterpfalz sowie die langverfügbaren Anilin in Ludwigshafen ihren Teil zur Entstehung und Verbreitung der Tuberkulose beitragen.

Will man also mit der Bekämpfung der Tuberkulose behördlicherseits „Ernst“ machen, so möchten wir den pfälzischen Behörden ein eingehendes Studium der Jahresberichte des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands (Sitz Leipzig) empfehlen. Im Jahre 1902 trat die Bundesratsverordnung in Kraft, die dem Schutze der Gesundheit der Steinarbeiter dienen soll. Diese Verordnung steht im allgemeinen nur auf dem Papier. Es sollen z. B. in den Arbeitsbuden die Werkbänke mindestens 2 Meter voneinander entfernt sein. In Wirklichkeit ist überall kaum 1 Meter Abstand gang und gäbe. In einer Bude, in der nach Vorschrift nur 6—7 Mann stehen dürften, sind fast bei jedem Unternehmer bis zu 10 Mann untergebracht. Durch diese ungeheure Ueberfüllung der Werkstätten ist die Staubentwicklung weit größer als dies bei richtiger Stellung der Fall wäre. Der Steinhauer ist durch dieses „sparsame“ Geschäftsgedahren der Unternehmer gezwungen, nicht nur seinen eigenen Staub, sondern auch den seiner beiden Nebenkollegen direkt einzatmen. Also Tuberkulose-Entstehungsursache im höchsten Grade.

In München wurde in der jüngsten Zeit unter dem Vorstze eines Ministers ein „bayerischer Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose“ ins Leben gerufen. Bekanntlich gehört die Rheinpfalz auch zum Königreich Bayern. Es wäre also für diesen Verein ein reiches und dankbares Tätigkeitsgebiet in der Pfalz geboten. Die „hohe“ Leitung dieses Vereins möge daher bei den pfälzischen Behörden dahingehend wirken, daß die oben angeführten Mängel in der pfälzischen Steinindustrie beseitigt werden. Die pfälzischen Steinarbeiter wären hierfür sehr dankbar, und der Regierungspräsident könnte dann vielleicht bei der nächstjährigen Landratsöffnung eine Abnahme der Tuberkulose in der Pfalz feststellen. Auch die Ortsbehörden dürften den Steinbruchbetriebern mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Gemeindeverwaltungen müssen nicht selten erhebliche Zuschüsse durch die Städte bzw. Gemeindefassungen erhalten, was nicht selten zu Umlageerhöhungen führen könnte. In solchen Fällen müßte also die Gesamtheit für die Sünden einiger „Profitgieriger“ aufkommen.

Nicht zuletzt dürften auch die schlechten Organisationsverhältnisse der Steinarbeiter der Pfalz in Betracht kommen. In schlechtorganisierten Betrieben sind die Kollegen nicht in der Lage, auf Durchführung der Bundesratsverordnung zu dringen. Wagt es ein Kollege, auf die Beseitigung von Mängeln aufmerksam zu machen, so ist die Entlassung — ganz besonders zur jetzigen Jahreszeit — die Folge. Eine gut organisierte Arbeiterschaft ist nicht so dem Raubbau an ihrer Gesundheit durch den Unternehmer ausgesetzt. Erfreulicherweise ist seit den letzten Jahren eine Besserung in organisatorischer Hinsicht bei den pfälzischen Steinarbeitern zu konstatieren. Wirklichen Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiete kann sich nur eine freie Organisation verschaffen. Der pfälzischen Steinarbeiterschaft rufen wir daher zu: Tretet ein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, folget nicht dem christlichen Zersplitterungshandwerk, werdet Helfer der Arbeiterpresse, der „Pfälzischen Post“, organisiert Euch politisch, damit Ihr alsbald durch Euren gewerkschaftlichen und politischen Einfluß in der Lage seid, den „ungefunden“ Steinarbeiterberuf einigermaßen gesunder zu gestalten. M. B.

### Unfallverhütung und Arbeiterschutz.

Ein treffliches Agitationsmittel hat der Deutsche Metallarbeiterverband geschaffen, indem er sein Mitglied Sebastian Lauterbach aus Stuttgart beauftragt hat, im Lande Lichtbildervorträge zu halten, die einerseits die Gefahren zeigen, die den industriellen Arbeiter, besonders aber den Metallarbeiter, umgeben, zum andern aber die Schutzvorrichtungen demonstrieren, wie sie sind und wie sie sein sollten.

Der erste dieser Lichtbildervorträge wurde am 13. Januar im Volkshause zu Leipzig abgehalten. Der Vortragende zeigte an seinen schönen Bildern, wie Deutschland sich vom Agrar- und Industriestaat entwickelt und wie demgemäß sich auch die Unfälle in der Industrie steigern. Während 1886 auf 1000 Versicherte erst 28 Todesfälle durch Unfall eintraten, stieg die Zahl im Jahre 1908 schon auf 53. Am häufigsten seien die Unfälle in der Schwerindustrie, weil diese Unternehmungskategorie die profitwürdigste und brutalste ist, und weil die Arbeitsmethode dieser Industrie eine erhöhte Unfallgefahr in sich birgt. Zur Illustration dieses Satzes ließ der Vortragende eine Reihe von Bildern aus Hütten- und Walzwerken vorüberziehen, aus denen der Beschauer die verschiedenen Arbeitsprozesse und ihre Gefahren für Leben und Gesundheit kennen lernte. Wir sahen Hochöfen, Kuppel- und Wellenwerkzeuge, Dampfhammer, eine hydraulische

5000-Tonnen-Schmiedepresse, wir sahen das Walzen von Bandagen und Panzerplatten, um dann die Schutzvorrichtungen an den verschiedensten Maschinen kennen zu lernen: die Sicherheitstoppelnungen, Entlüftungs- und Entstaubungsanlagen, Schutzbrillen, Rauch- und Staubfughauben. An sanitären und Wohlfahrtsvorrichtungen wurden Bask- und Garderobräume, Wäber, Speisefäle, Refehalle, Fabrikgärten, Verbandsräume usw. gezeigt.

Der zweite Teil des Vortrags behandelte die Gewerbetätigkeiten. In die Spitze seiner Ausführungen stellte der Referent die Forderung, daß auch die Gewerbetätigkeiten als Unfälle entschädigt werden müssen. Zunächst demonstriert er das Gießfeuer, das sich durch Einatmen giftiger Zindämpfe einstellt, und dessen erfolgreichste Bekämpfung durch Abtaugen der Dämpfe geschieht. Diesen Arbeitern müsse eine möglichst kurze Arbeitsdauer gewährt werden. Am gefährlichsten sei aber die Bleivergiftung, durch die selbst Gliederertrüppelungen und dauerndes Stiehung hervorgerufen werde. Auch hier müsse durch Abtaugen der schädlichen Dämpfe, kurze Arbeitszeit usw. vorgebeugt werden.

Dann schilderte der Redner die Gefahren des gewerblichen Staubes an den Entartungen der Lunge (Steinhauerlunge, Schleiserlunge, Kohlenlunge, Eisenoxydlunge), und führt die Lungenheilstätten in Beelitz, Sülzhann, Buch usw. im Bilde vor. Daß die Lungentuberkulose auch eine Wohnungskrankheit ist, wird durch eine graphische Darstellung klar erläutert. Neben dem Wohnungsstand einiger Großstädte sahen wir wiederum eine reizvolle Arbeiterkolonie in Ulm, wo die Stadt die Sache in die Hand genommen hat, ferner hübsche Arbeiterwohnungen, die, von Industriellen erbaut, meistens den Arbeitern zum Fluch werden.

Am Schluß seines Vortrags geht Genosse Lauterbach noch wader dem Alkohol zu Leibe und schließt mit der eindringlichen Mahnung, nicht nur der Gewerkschaft treu zu sein, sondern auch auf die Befestigung durch Anschluß an die sozialdemokratische Partei einzuwirken. Und die Frauen, die vielleicht glauben, die Beiträge besser sparen zu können, möchten lernen, daß es keine bessere Sparkasse gebe als die Organisation.

Lauterbach zeigte davon, daß die Anwesenden von dem Gesehenen und Gehörten hoch befriedigt waren.

### Submissionen.

Nachstehende Steinausschreibungen sind uns bekannt geworden:

- O p p e l n.** 3037 Kubikmeter Basaltsteine bzw. Basaltföchter und 300 Tonnen Basaltgrus.
- H i d b o r f.** Steinmeharbeiten (Granitstufen) in zwei Losen zum Neubau der Mädchenmittelschule an der Donaustraße 120 bis 127.
- L e i p z i g.** Steinmeharbeiten zu vier Krankenhäusern beim Neubau Krankenhaus St. Georg.
- G r o ß h. W a s s e r - u n d S t r a ß e n b a u i n s p e k t i o n** in S i n s h e i m. Straßenpflasterung: 1. in der Stadt Wiesloch. 881 Quadratmeter Granitpflaster, 599 Quadratmeter Sandsteinpflaster. 2. in der Stadt Ballhof. 171 Quadratmeter Melaphyrpflaster, 202 Quadratmeter Sandsteinpflaster.
- B a n d s b e l.** 2200 Quadratmeter Reihenpflastersteine 2. Sorte, 300 Kubikmeter Polygonpflastersteine, 570 Kubikmeter Kleinpflastersteine, 1295 Meter Kantsteine 1. Sorte, 500 Meter Kantsteine 2. Sorte.
- O b e r n d o r f a. N.** Schotter zur Bewalzung nachbenannter Straßen: 1. Eiterstraße in Oberndorf 480 Kubikmeter Basalt oder Hornblende; 2. Eiterstraße in Schramberg 500 Kubikmeter Hornblende oder Basalt und 500 Kubikmeter Porphyr; 3. Eiterstraße in Alpirsbach 210 Kubikmeter Basalt oder Hornblende. Der Schotter muß von bester Qualität sein, in einer Größe von 4½—5 Zentimeter geslagen und franco der betreffenden Eisenbahnstation geliefert werden.
- L i b e d.** Bordsteine und Pflastersteine aus Hartgestein für 1911: 3000 Meter gerade Bordsteine 2. Sorte, 1000 Quadratmeter Kopfsteine 1. Sorte, 7000 Quadratmeter Kopfsteine 3. Sorte, 1500 Quadratmeter Kopfsteine 3. Sorte, für die Pflasterung an den Straßenbahnschienen.
- B o n n.** 512 Quadratmeter Pflastersteine aus Lava, Grauwade oder Porphyr und 2424 Quadratmeter Basaltfestschlag nach Station Brohl a. Rh. sowie 3492 Quadratmeter Basaltfestschlag nach Station Hhrweiler.
- L o u i s e n t h a l.** Erd-, Maurer- und Steinmeharbeiten mit Material in einem Lose für die Verlängerung der Ufermauer auf der Kanalhalbe des Egl. Steinkohlenbergwerks.
- P f o r z h e i m.** Lieferung von 22 000 Quadratmeter Granitpflastersteinen 1. und 2. Sorte, 4000 laufenden Metern Granitrandsteinen, 8000 Kubikmetern Kalksteinen aus Kalk- oder sonstigem wetterbeständigem Gestein, 2500 Kubikmetern Hartsteinschotter und Grus, 4000 Kubikmetern Pflasterland.
- S t u t t g a r t.** Steinhauerarbeiten vom Sodel aufwärts zum Neubau der königlichen Universitätsbibliothek in Tübingen. Als Material kommen Natursteine in Betracht, die freie Auswahl nach vorgelegten Mustern bleibt jedoch vorbehalten; erforderlich werden circa 230 Kubikmeter.
- A n P l a m.** 1. Reihensteine (2800 Quadratmeter) und Bordsteinen aus Granit zur Pflasterung der Kavelinstrake und eines Teils der Stettiner Straße.
- B r e s l a u.** Lieferung von Granitpflastersteinen und Bordsteinen.
- H e u s m e i l e r (Rhpr.).** Lieferung von 21 500 Kubikmeter Kleinschlag und 150 Kubikmeter Splitt aus Hartgestein für Gleisbettung in 2 Losen.
- B r e m e n.** 3500 Quadratmeter Pflastersteine 2. Sorte aus Granit für die Verlängerung der Hauptzufuhrstraße auf dem Gaswerk.
- M a g d e b u r g.** Erd-, Maurer- und Steinmeharbeiten in einem Lose zur Herstellung der Ueberführung der äußeren Ringstraße auf Bahnhof Magdeburg-Sudenburg.
- B e g l a r.** Lieferung der Steinmaterialien für die Stadt Beglar für 1911/12 und zwar: Los 1. a) 1200 Quadratmeter bestes Großkopfschlagpflaster, b) 3300 Quadratmeter großköpfiges Mosaikpflaster. Los 2. a) 250 Kubikmeter Basaltfestschlag, b) 100 Kubikmeter Basaltfestschlag. Los 3. 400 Kubikmeter Pflastersteine.
- K a s s e l.** Lieferung von 3750 Tonnen Basaltfestschlag für die Erweiterung des Bahnhofs Körle.
- P o s e n.** Arbeiten einschließlich teilweiser Materiallieferung zum Ausbau der 2560 Meter langen Dorfstraße Biedorow im Kreise Breschen.
- B e r l i n.** Lieferung der Werksteine aus Muschelkalk, Granit und Sandstein, zum Bau einer Brücke über den Landwehrkanal im Zuge der Alten Jakobstraße sowie zweier Wassertruppen.
- F r a n k f u r t a. M.** Arbeiten und Lieferung der Hartstein- (Granit-, Basalt- oder Kalkstein-) bzw. Sandsteinarbeiten zum Neubau des Empfangs- nebst Postgebäude auf dem Ostbahnhof zu Frankfurt a. M.
- K o b l e n z.** Lieferung von 1. 942 Quadratmeter Pflastersteine aus Basaltlava nach Pösch, 2. 550 Quadratmeter Pflastersteine aus Basaltlava nach Ehrenbreitstein, 3. 690 Quadratmeter Pflastersteine aus Grauwade nach Hönningen-Rhein frei Verwendungsstelle.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Es fehlen noch folgende Abrechnungen vom 4. Quart. 1910:

1. Gau. Danzig, Stettin.
2. Gau. Rasdorf, Striegau, Baldenburg.
3. Gau. Görlitz, Königsbrück, Penig.
4. Gau. Nebra, Rönitz.
5. Gau. Erawinkel, Oberdorf.
6. Gau. Bielefeld, Bremke, Eißershausen, Göttingen, Hardeggen, Herford, Hoof, Keltbra, Bellerode, Wulsdorf.
7. Gau. Herdecke, Kupferdreh, Weplar, Zinheim.
8. Gau. Altenglan, Doffenheim, Ebersbach Vd., Pirmasens, St. Johann, Worms, Zweibrücken.
9. Gau. Anblau, Heilbronn, Knittlingen, Lahr, Maulbronn, Steinen.
10. Gau. Blaubeurg, Hauzenberg, Kelheim, Neuhaus, Kofsbach, Ruhmannsfelden, Sparned, Kitting, Neubau.
11. Gau. Göffenheim, Hardheim, Heidingsfeld, Nürnberg, Pappenheim, Reistenhausen, Roth a. S., Stadtprozelten, Socawind.

### Korrespondenzen.

**Rasdorf, D.-S.** Am 12. Januar tagte im Vereinslokal Frühlingshöhe, Döbbschütz, unsere Monatsversammlung. Der Besuch war leidlich. Auch der Gauleiter, Kollege Jahn, war erschienen. Der Vorsitzende ehrte das Andenken des verstorbenen Kollegen Gustav Müller durch eine Ansprache. Der Ortskassierer hatte in der letzten Monatsversammlung demissioniert. An seine Stelle wurde der Kollege Paul Neumann gewählt. Der Ortskassierer Grillisch gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1910 bekannt. Die Uebergabe an den neuen Kassierer erfolgte Sonntag, den 15. Januar, und wird der nächsten Monatsversammlung besonders bekannt gegeben. Der Gauleiter gab der neuen Verwaltung recht lehrreiche Fingerzeige, wie die Geschäfte geführt werden müssen. Die Firmen Rudolf und Bauer haben unseren Kollegen Unterhandlungen angeboten. Wir werden darüber noch berichten.

**B a m b e r g.** Am 8. Januar tagte im Gewerkschaftshause unsere Generalversammlung. Bei der Wahl der Vorstandschaft wurden gewählt: Fritz Glas, Vorsitzender, Kassierer Magnus Kamer, Schriftführer Ludwig Müller; Revisoren Georg Zahner und Joh. Barb. Als Delegierter des Kartells wurde der Kollege Raab gewählt. Bei Punkt Abrechnung gab der Kassierer bekannt, daß auf der Sparkasse 100 Mk. angelegt wurden. Weiter wurden drei Kollegen aus dem Verbandsausgegliedert, und zwar Karl Sebold, Ferdinand Christmeier und Karl Keller. Beim nächsten Punkt: Tarifangelegenheiten, kam es zu einer längeren Debatte, woraus hauptsächlich zu entnehmen war, daß die hiesigen Kollegen jetzt vor einer guten Konjunktur stehen und deshalb den Unternehmern ein Tarif vorgelegt werden soll. Im Punkte Verschiedenes wurde der Kontinentbetrieb des Werkplatzes Deutsche Steinwerke einer scharfen Kritik unterzogen. Es herrschen dort Zustände schlimmer Art.

**H e n s h e i m.** Sonntag, den 8. Januar, hielten wir im Gasthause zur Linde unsere Generalversammlung ab. Unter Punkt 1 gab unser Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Punkt 2 wurde erledigt, indem an Stelle des jetzigen sehr interessierten Vorsitzenden unser von früher her gut bewährter Kollege Alois Pöntragg zum Vorsitzenden gewählt wurde, während der seitherige Kassierer, der Schriftführer und die Revisoren wiedergewählt wurden. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, auf unseren zur Fastnacht beabsichtigten Ball zugunsten der freien Turnerschaft zu verzichten, dafür aber am ersten Sonntag im Mai eine Festlichkeit abzuhalten.

**B e r l i n.** Am 6. Januar tagte im Englischen Garten eine gut besuchte Versammlung der Sektion I. Gegenstand der Tagesordnung war: Vergebung von Arbeiten der Firma Czarnikow (Bearbeitung von Kunststein) an Zwischenunternehmer. Trotzdem wir mit der Firma bisher in einem guten Verhältnis standen, ist dieselbe, der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise folgend, in letzter Zeit dazu übergegangen, ihre Arbeiten an Zwischenunternehmer zu vergeben. Daß darin für uns Kollegen eine große Schädigung liegt, ist selbstverständlich. Wir müssen statt für eine Firma, dann für zwei Mehrwert schaffen. Es fragt sich nun, wie können wir dagegen Front machen? Ein Teil der Kollegen war der Ansicht, den Zwischenfirmen die Arbeitskräfte zu entziehen. Die Mehrheit stellte sich aber auf den Standpunkt, daß es besser sei, mit aller Kraft bei den Zwischenfirmen unsere Tarife zu bringen, da wir sonst den unorganisierten Leuten durch die Herausziehung der organisierten Kollegen Vorhieb leisten würden. In diesem Sinne wurde auch beschlossen, gestützt auf unsern Tarif, welcher nur bei Naturstein Akkorarbeit vorsteht, Kunststein nur in Lohn zu bearbeiten. Bei korrekter Durchführung dieses Beschlusses haben sich die schädigenden Wirkungen des Zwischenmeisterstems von selber auf. Um aber den Kollegen eine Garantie zu bieten, daß sie auch ihren verdienten Lohn erhalten, wurde noch folgender Antrag angenommen: „Werden Arbeiten an solche Zwischenunternehmer vergeben, bei denen die Arbeitenden ihres Lohnes nicht sicher sind, so hat die betreffende Hauptfirma den Lohn zu garantieren. Bei Punkt 2 der Tagesordnung: Neuwahl der Sektionsleitung wurden gewählt als Sektionsleiter Kollege Benede, als Beisitzer die Kollegen Ruhe, Will und Kolz, als Revisor Kollege Herzfeld. Die Wahl des Schriftführers wurde, nachdem einige vorgeschlagene Kollegen abgelehnt hatten, wegen der vorgelassenen Zeit vertagt.

**W i d e n b a c h (Rheinland).** In der am 4. Januar in Neuenheim abgehaltenen Versammlung referierte Gauleiter Herrmann über das Thema: Ein Rückblick auf das Jahr 1910 und welche Zukunftsaufgaben haben die organisierten Arbeiter zu erfüllen? Der Referent gab einen Rückblick über das verfloßene Jahr, besonders erwähnte er die schweren wirtschaftlichen Kämpfe um die Tarifverneuerung im Baugewerbe; desgleichen auch die Kämpfe in der Metallindustrie. Als erfreulich sei es zu bezeichnen, daß die Mitgliederzahlen in den freien Gewerkschaften gestiegen sei, er gab dann noch einen Ueberblick über die Kämpfe, die unser Verband im Jahre 1910 führen mußte, ebenfalls über die Erfolge und die Mitgliederzunahme. Zum Schluß zeigte er den Kollegen noch an Beispielen, wie notwendig auch im kommenden Jahr die gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiter ist. Der Vortrag fand den Beifall der Kollegen. In der Diskussion wurden noch die Ausführungen ergänzt. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal; die Revisoren bestätigten, daß alles in bester Ordnung war. Bei der Vorstandswahl wurde der Kollege Peter Niebel zum Vorsitzenden, Kollege Klein zum Kassierer und Kollege Kilian zum Schriftführer gewählt. Der Kassierer gab dann noch bekannt, daß Herr Fromm vom Christlichen Keramik- und Steinarbeiterverband in Frielingsdorf, Kaiserau, Remshagen usw. eine starke Agitation entfalte, denn Kollegen, die nicht mehr weiterzahlen und in Rückstand gekommen seien, brauchten nicht nachzuzahlen, die früheren Beiträge werden trotzdem angerechnet. (Genau wie in Niedermeidung. Die Red.) Im Schlußworte erwähnte der Gauleiter die Kollegen, raslos am weiteren Ausbau der Zahlstelle zu wirken.

**B e r d i n g e n.** Am 7. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die leider schlecht besucht war. Bei Punkt 1 der Tagesordnung erbatete der Kassierer Renz den Bericht über das 4. Quartal 1910. Dem Kassierer wurde für seine musterghltige Buchführung Anerkennung ausgesprochen. Unter Punkt Verschiedenes

Kommen wieder Mißstände bei der allbekannten Firma Treutle zur Sprache. Auch die Firma Treffinger u. Co. fragt nach dem Tarifvertrag sehr wenig.

Am 8. Januar tagte hier eine Bezirksversammlung. Anwesend waren 97 Kollegen. Kollege Braun hielt ein vorzügliches Referat über Ziel und Zweck der Organisation. Er ermahnte jeden einzelnen Kollegen, in der Agitation kräftig mitzuhelfen, damit auch der letzte Kollege unserem Verband zugeführt würde.

**Eisenach.** Wie schon in Nr. 53 des „Steinarbeiters“, Jahrgang 1910, kurz berichtet wurde, mußte der Kollege W. gegen den Herrn Conradus klagen wegen Nichtauszahlung seines verdienten Lohnes. Es ist nun die Klage am 6. Januar zur Entscheidung geführt worden. In dieser Sache hat bereits schon vor Weihnachten ein Termin stattgefunden, der nach erfolgter Beweisaufnahme aber vertagt wurde mit dem Beschluß, daß zum nächsten Termin die Parteien persönlich zu erscheinen haben. Beim letzten Termin wurde die Sache noch einmal durchberaten und gab nun der Beklagte die Erklärung ab: „In meinem Geschäft ist es üblich, daß für Arbeiten, die sich als nicht brauchbar erweisen haben und darum noch einmal gemacht werden müssen, nichts extra bezahlt wird.“ Dabei mußte aber er als auch der Werkmeister zugeben, daß dem Kläger von dieser Uebung nichts gesagt worden sei. In einem vom Vorsitzenden wiederholt gemachten Vergleichsvorschlag willigte der Beklagte nicht ein, er wollte vielmehr ein Urteil haben. Nachdem festgestellt war, daß vom Werkmeister für die Arbeiter Bezahlung versprochen war, wurde der Beklagte Conradus verurteilt, an den Kläger 9.87 Mk. zu zahlen. Kläger beharrte aber auf seiner Forderung von 11 Mk., und so wurde ihm der Eid zugesprochen, womit sich der Beklagte auch einverstanden erklärte. Nach der Eidesleistung des Klägers wurde der Beklagte zur Zahlung von 11 Mk. und sämtlicher Kosten verurteilt. Da der Kläger nicht mehr in Eisenach arbeitet und derselbe zu dem Termin hierher fahren mußte, so können die Kosten noch größer sein als das Objekt selbst. Wir möchten dem Herrn Conradus sehr empfehlen, dieses Beispiel stets im Gedächtnis zu behalten.

**Gebweiler.** Wie Herr Kreider (Grabsteingeschäft in Sulz D.-Elf.) mit seinen Arbeitern umspringt, wollen wir hier kurz schildern. Wir Steinbauer mußten in Reichweiler auf dem Friedhof um eine Gruft herum ausgraben (also Grundarbeit verrichten), wo wir vollständig drei Wochen zu arbeiten hatten. Morgens 6 Uhr mußten wir per Bahn nach Reichweiler fahren, abends 1/8 Uhr kamen wir wieder nach Hause, das sind im ganzen (abzüglich 1 Stunde Mittagspause) 12 1/2 Stunden. Für diese lange Zeit schrieben wir nur 10 Stunden auf; das Mittagessen glaubten wir, bezahle Herr Kreider im voraus. Aber wir hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Als 14 Tage rum waren, sollte Zahlung sein. Da fragte uns Herr Kreider nach den Stunden. Wie er hörte, daß wir 10 Stunden verlangten, nannte er das eine Unverschämtheit und sagte uns zu gleicher Zeit, daß er nur acht Stunden bezahlen und das Mittagessen abziehen wollte. Natürlich waren wir über diese Zumutung ganz blass. Wir machten darüber Bemerkungen, aber Herr Kreider sagte zu uns, er bezahle dem die 10 Stunden aus, der sie verlangt, aber zu gleicher Zeit gebe er demjenigen die Karte. Wir wußten über diese Unverschämtheit im Augenblick nichts mehr zu sagen, nahmen unsere Abschlagszahlung und gingen. Wir sagten uns, daß wir das unbedingt nicht annehmen konnten. Am Sonntagmorgen kamen wir zusammen, um miteinander ins Bureau zu gehen, wie es üblich ist in diesem Falle. Aber Herr K. verweigerte dieses, wir sollten einer na dhem andern zu ihm kommen. Natürlich, Herr Kreider wußte sehr gut, daß er auf diese Art besser wegkommt, was in Wirklichkeit auch der Fall war. Zwei Kollegen bekamen 8 Stunden bezahlt und Mittagessen frei; bei den andern beiden konnte ich nicht in Erfahrung bringen, wie sie entlohnt wurden. Ich war natürlich nicht damit einverstanden, weil er mich schon als Aufwieglers tituliert und gesagt hatte, ich beläme die Karte; ich verlangte 11 Stunden und das Mittagessen frei, was er mir auch ausbezahlte. Auch in seiner Werkstätte herrschen noch Mißstände. Der Schutthaufen wird, wenn es gut geht, zweimal im Jahre fortgefahren; der Abort ist direkt neben der Arbeitshütte. Man könnte hier noch mehr Fälle anführen, einstweilen ist es genug. Wie sieht es mit der Behandlung der Arbeiter gegenüber aus? Herr Kreider sagte zum Beispiel, wir gingen zum Tor hinaus wie die S... usw. Mit dem Zahlungsmachen ist es auch traurig. Wir hatten vom 17. September bis 5. November keinen Zahlungstag, also volle sieben Wochen nur Abschlagszahlungen erhalten. Wie es mit Abschlagszahlung ist, kann sich jeder Kollege selbst denken.

F. R.

**Göbmansdorf.** Am 8. Januar fand im Gasthaus zum Anker unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal, Bücher und Kasse wurden revidiert und für richtig befunden. Der 2. Punkt betraf die Neuwahlen. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender August Grieb, als 2. Vorsitzender Andreas Gast, als Kassierer G. Frank, als Schriftführer Valtin Hofmann, als Revisoren Johann Spignagel und Michael Heer. Im Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhafte Debatte besonders über den Tarif. Auf allen Wertpächern gibt es Streitigkeiten, da die Herren Poliere alles bestreiten und sich nicht nach dem Tarif richten wollen. Es müssen deshalb verschiedene Positionen vor das Schiedsgericht gebracht werden. Ferner wurde noch gerügt, daß verschiedene Kollegen sich nicht einmal der Mühe unterziehen, ihre Stücke nachzurechnen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, die Stücke nachzurechnen.

**Hannover.** Am 8. Januar tagte im Gasthaus zum Heidelberger Faß unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende Sohns kam nach längeren Ausführungen darauf zurück, daß es viele Mühe und Arbeit gekostet habe, die beiden Sektionen wieder zusammenzuführen und er wünschte, daß sich jetzt doch endlich mal der Ständebündel bei den Steinmetzen legen möchte. Darauf wurde zur Tagesordnung übergegangen. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt Sohns als erster, Lator als zweiter Vorsitzender, Förster als Kassierer, Brand und Künast als Revisoren. Im 2. Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde beschlossen, vier Bezirkskassierer zu wählen, welche gleichzeitig den „Steinarbeiter“ mit verbreiten sollen. Als Entschädigung sollen sie 2 Pfg. pro Marke erhalten. Im Punkt Verschiedenes wurde lebhaft das Verhalten des Kollegen Bottermann kritisiert. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß der diesjährige Konsumverein eine Sparkasse errichtet habe. Er machte daher den Vorschlag, daß wir das Geld bei der Stadtsparkasse kündigen und es dem Konsumverein überweisen. Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

**Ipshofen.** Am 8. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Unser Vorsitzender erstattete einen kurzen Jahresbericht über das vergangene Jahr. Von wichtiger Bedeutung ist, daß unsere Mitgliederzahl seit unserer Gründung von 15 auf 35 gestiegen ist. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung, welche auch ein zufriedenendes Resultat ergab. Kollege Herrmann sprach im Namen sämtlicher Kollegen er Vorstandschaft den besten Dank aus. Beim 2. Punkt fand die Neuwahl statt. Als 1. Vorsitzender wurde Thomas Wingeimer, als 2. Joseph Herrmann, als Kassierer Georg Geulein und als Schriftführer J. Brömer gewählt. Im Punkt Verschiedenes kam ein raffiniertes Fall zur Sprache. Bei der Firma Ius Arnold, Ipshofen, werden den Steinmetzen am 2. November v. J. Mauerbedel pro laufendem Meter zu 3.50 Mk. in Arbeit gegeben. Die Arbeiter erreichten bei angestrengtester Arbeit neuen Tagelohn von 2.50 bis 2.70 Mk. Die Arbeiter reklamierten

beim Polier. Letzterer erklärte, daß ein höherer Preis nicht bezahlt werden könne. Andre Arbeit sei aber augenblicklich nicht da, könne jedoch schon in den nächsten Tagen eintreffen; sie sollen warten. Nach vier Tagen frugen die Leute nochmals im Geschäft nach; es wurde ihnen nun der Bescheid gegeben, sie sollen noch einige Tage warten. Sechs Kollegen ließen sich nicht mehr länger vertrösten, verlangten ihre Karten, um anderswo Arbeit zu suchen, welche sie auch erhielten. Kaum hatten letztere einige Tage geschafft, so sollten sie wieder entlassen werden, weil sie wegen obengenanntem Fall auf der schwarzen Liste standen. Da die Kollegen in ihrem Rechte waren, wendeten sie sich durch den Gauleiter an den Meisterverband. Die Antwort, welche zurückkam, war folgende: Die Sache sei geprüft und die Kollegen seien nicht ganz in ihrem Rechte. Am 20. Dezember wandte sich der Polier der Firma an unsere Vorsitzenden, er brauche 2-3 Mann. Es wurde ihm zur Antwort gegeben, daß kein Kollege eher anfängt, bis die ungerechte Liste eingezogen sei. Als die Kollegen nach Weihnachten wieder auf ihre Arbeitsstätte kamen, war die schwarze Liste wieder verhängt. Da bei dieser noblen Firma kein Kollege mehr anfangen, nahmen drei frühere Poliere aus Faulbach und Stadtprozelten die Arbeit auf. Zwei davon heißen Krebs und P. Laß. Die Liste wurde endlich am 10. Januar retour gezogen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Kollegen auch weiterhin fest und geschlossen zusammenstehen möchten.

**Rieschhausen.** Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Moosmüller gab den Geschäftsbericht vom verfloffenen Jahre. Eingegangen waren 97 Briefe resp. Karten. Versammlungen und Vorstandssitzungen fanden 22 statt. Schiedsgerichtssitzungen waren 5 erforderlich. Bezirksvorstandssitzungen mußten 10 abgehalten werden. Er betonte, daß das verfloffene Jahr ein sehr arbeitsreiches war. Mit Kampf hat dasselbe begonnen und mit Kampf ging dasselbe auch zu Ende. Schon in dem ersten halben Jahr hatten wir nichts als Kämpfe wegen Nichteinhalten des Tarifs. M. führte weiter an, daß auch unter die Kollegen eine große Uneinigkeit kam, weil sie nicht begreifen konnten, warum die Vorstandschaft so stramm Gegner des Blaumachens war. Ferner spricht er den Kollegen seinen Dank aus für das geschlossene Vorgehen in unserm großen Kampf. Bedauert wurden von ihm die Vorkommnisse in Sandersbach, er betont nochmals, daß gerade die Leitung immer die Parole ausgegeben habe, keine Ausschreitungen zu begehen. Er bemerkte dabei, daß das herausfordernde Benehmen der Arbeitswilligen schuld an den Vorkommnissen sei. Beim Punkt Neuwahlen wurden Fridolin Moosmüller als Vorsitzender und Mißl Bernbecher als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Da aber diese beiden Kollegen bei den gemäßigten Kollegen sind und man noch nicht weiß, ob sie hier wieder Arbeit bekommen, so wurde als Ersatzmann für Moosmüller Alois Bernbecher und für Mißl Bernbecher Johann Baptist Stadler gewählt. Als Schriftführer wurde Baptist Reißner, als Statistiker und „Steinarbeiter“ verbreiter Alois Bernbecher bestimmt. Weiter wurden als Revisoren Georg Michael Rodel, Georg Guthier und Jakob Ulrich gewählt. Kritisiert wurde, daß die Einstellung in schlußloser Weise vorgenommen wird, die Kollegen legen dagegen Beschwerde ein. Wenn die Unternehmer denken, den Verband hier müde gemacht zu haben, so sind sie mit ihrer Meinung auf dem Holzwege.

**Metten.** Seit Bestehen unserer Zahlstelle hat der Steinbruchpächter Ludwig Steininger in der Verdächtigung unserer Verbandsfunktionäre das möglichste geleistet. Selbst die Kollegen Staubinger und Mittenmeier hat derselbe persönlich schon in der bösehaftesten Weise angerepelt. Mit dem borniertesten Haffe jedoch verdächtigt er unsere Zahlstellenkassierer. Nimmt derselbe eine Reparatur an seinem Hause vor, oder verbessert er sonst in irgendeiner Weise sein kleines Anwesen, oder leistet er sich gar auch noch den Luxus eines Lieberziehers, überall müssen die Verbandsgrößen herhalten. Diese Verdächtigungen werden allerdings leichter verständlich, wenn man weiß, daß Steininger früher kurze Zeit Obmann der Christlichen war. Wahrscheinlich hat er dort in der Verdächtigungsmethode Schule genossen. Am 29. September v. J. hat nun unser Kassierer diese Handlungsweise St.s als schuldig bezeichnet. Erst am 20. Dezember erinnerte sich St. wieder, daß seine so schwer gekränkte Ehre repariert werden müsse und stellte Beleidigungsklage. Beim Sühnetermin hat der Herr Bürgermeister St. in der objektivsten Weise klargelegt, daß nicht nur ein Steinbruchpächter, sondern auch ein Arbeitervertreter eine Ehre habe. Großmützig, wie er eben ist, verzichtete er auch auf weitere Klagestellung. Uebrigens hat sich St. schon eine ziemliche Uebung in der Führung von Beleidigungsprozessen angeeignet, denn wiederholt hat er sich schon die Reinheit seiner Ehre amtlich und gerichtlich dokumentieren lassen. Und es wird jetzt wohl niemand mehr den geringsten Zweifel hegen, daß an seiner Ehre auch nur der leiseste Schatten haftet. Wir aber konstatieren an dieser Stelle, daß die Kampfweise des Steinbruchpächters Ludwig Steininger gegen unsere Verbandsfunktionäre als höchst unehrlich bezeichnet werden muß.

**Oberniedig.** Die Herren Christen bekämpfen uns sehr scharf. In der Nr. 1 der „Keramarbeiterzeitung“ vom 5. Jan. will Herr Fromm zwanzigmal den Wahrheitsbeweis erbringen, daß Kollege Herrmann die Unwahrheit gesagt oder geschrieben habe. Soweit ich informiert bin, will ich verschiedenes richtigstellen. 1. Herr Brendel, nennen Sie das einen Tarif, wenn hier im Tuffsteingebiet die neunstündige Arbeitszeit schon bestand und in Zukunft 9 1/2 Stunden gearbeitet werden muß? Vor der Tarif Einführung war die Bezahlung der Werkstücke besser wie jetzt. Eure eigenen Mitglieder nennen das bloß Arbeitsordnung, aber keinen Tarif. 2. Einen Spitzbubenstreich und Terrorismus ersten Ranges bedeutet die Aufforderung an die Unternehmer und Geistlichkeit, ein wachsaues Auge auf die Genossen zu haben. Was damit bezweckt werden soll, ist klar. 3. Der katholische Siegel hat auch ja darin richtig gezeichnet, als er sagte: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ 4. Das die Keramiker keine finanzielle Kraft besitzen, hat sich jetzt schon wieder bewiesen. Noch keine acht Tage hat der Tarif bestanden, da wird der § 1 Abs. 1 schon über den Haufen geworfen. Hättet ihr mehr finanzielle Macht gehabt, dann wäre sicher ein besserer Tarif zustande gekommen. In Nr. 51 sprechen Sie, Herr Fromm, von ein paar Mitgliedern unferseits. Na, warum lassen Sie sich denn so in Schrecken versetzen von den paar „Noten“? Würden Sie nach dem Statut handeln, dann wäre in Niederniedig keine Zahlstelle mehr. Das Brendelzirkular beweist dies. In den übrigen Zahlstellen steht es auch mit der Bezahlung schlecht aus, wie mir von seiten verschiedener Christlicher mitgeteilt wurde. Herr Fromm spricht von „dummen Steinarbeiterdorfgenossen“. Damit hat er auch den christlich organisierten Steinarbeitern einen derben Hieb versetzt. Wenn die Dummheit prämiert werden sollte, Herr Fromm, Sie sind dann sicherlich unter den ersten Preisträgern. — Herr Fromm will unter den Steinarbeitern als Wahrheitsverklärer wirken, er mag doch zuvor die Reiden der Kollegen aus eigener Erfahrung kennen lernen. Aber der „Salonsteinbauer“, pardon Redakteur Fromm wird sehen müssen, daß sein Stern immer mehr verbläßt.

**Ober-Weilau.** Am 8. Januar war unsere Generalversammlung. Beim 1. Punkt gab Kassierer Glagel den Jahresbericht und die Abrechnung vom 4. Quartal, welche lautete: Einnahme 881.97 Mark, Ausgabe 347.15 Mark. Die Revisoren beantragten Dargabe. Der Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Menzel, 2. Vorsitzender: Paner, Kassierer: Glagel. Dann hielt Gauleiter Daubenthaler ein Referat über die Ereignisse der Gegenwart. Musterhafte Aufmerksamkeit und Beifall wurden ihm zuteil.

**Ochsenfurt.** In der zu Ochsenfurt am 6. Januar stattige fundenen Versammlung wurde mir die Nichtanerkennung des Tarifs untersuchen; diese Behauptung trifft nicht zu, weil ich die Stücke ja nicht ausrechne. Wahr ist dagegen, daß ich gegen einen Steinmetz in der Aufregung eine Neuerung gebraucht die ich an dieser Stelle mit Bedauern zurücknehme.

M. S a f e n s t a b.

**Rottenbauer.** Eine wahrlich traurige Geschichte spielt sich hier bei dem Steinmetzmeister Mißl ab. Der Tarif wird sehr schlecht eingehalten; immer gibt es Reklamationen. Will ein Kollege aufbänken, so muß er sein Stück erst 40 bis 50 Meter weit transportieren. Aber der Meister (August Mißl) hat ge nehmigt, daß die Steine an die Arbeitsbude gefahren werden was aber der Polier Wehner absolut nicht leiden will. Auf di Arbeitsflur schreibt er einen Preis, der aber bedeutend herab gesetzt ist. Eine anständige Arbeitsflur kennt man fast gar nicht hier. Gemäß der Bundesratsverordnung ist hier auch nicht gefordert. Wir erwarten, daß in Zukunft die gesetzlichen Bestimmungen respektiert werden. Hoffentlich tritt das Schiedsgericht baldigst in Kraft, damit unter den Kollegen wieder Ruhe eintritt.

**Sternenfels.** Die Zustände im Betrieb Treutle werden, wie nachfolgender Fall zeigt, immer trauriger. Es wird 8 Stunden gearbeitet, die Pausen werden einfach verkürzt. Für 8 Stunden zahlt Herr Treutle 1.70 bis 1.80 Mark, das macht in der Stunde 22 Pfg. statt 35 Pfg. Als nun vorige Woche zwei Kollegen um 5 Uhr, wie in andern Betrieben nach Hause wollten, erklärte ihnen Treutle: „Wenn Ihr nicht bis zur Dämmerung schaffet und Euch nicht in die Ordnung fügen wollt, braucht Ihr nicht mehr in meinen Betrieb zu kommen.“ Beide Kollegen erklärten energisch, solche alte Regel nicht mehr mitzumachen, sondern die Arbeit liegen zu lassen. Es wäre Pflicht aller Kollegen gewesen hier im Beisein Treutles geschlossen Front zu machen. Sagt Kollegen, wo will das hinaus, daß solcher Kleinmut herrschen kann, es müssen unbedingt andre Maßregeln von den Kollegen getroffen werden.

**Wildemann.** Die hiesigen Kollegen sind eigenartige Leute. Im Vorjahre streikten sie etwa zehn Wochen, und als der Streik verloren ging, traten die Steinarbeiter zum Teil aus dem Verbands aus. Am Altersberg sind die Löhne auf 28 Pfg. festgelegt worden. Die Herren Siegheim lachten sich ins Fäustchen. Auch die Firma Kappel reduzierte die Löhne von 25 auf 20 Pfg. So wird hier mit den Unorganisierten umgesprungen. Bestände der Verband noch, es hätte kein Unternehmer gewagt, ein solch schamloses Anerbieten zu machen. Und der Verband hat hier seine Pflicht im vollsten Maße getan; wir müssen in dieser Beziehung unsere Hochachtung aussprechen.

## Rundschau.

5500 Kubikmeter Granitwerksteine hat das Kanalbauamt Brunsbüttelkoog (bei Kiel gelegen) vergeben. Die Arbeiten wurden erfreulicherweise getrennt vergeben und es sind Firmen in Preußen, Sachsen und Bayern berücksichtigt worden. Die Firmen, welche den Zuschlag erhielten, sind uns noch nicht bekannt. — Zur Uferbefestigung Helgolands wird ebenfalls deutscher Granit verwendet. Der Artikel im „Steinarbeiter“ Nr. 47, Jahrgang 1910, „Ein Submissionskandal“, hat somit eine volle Wirkung gehabt. — Die Herstellung und Anlieferung der 5500 Kubikmeter Werksteine wird etwa 750 000 Mk. Kosten verursachen. — Wie uns gemeldet wird, sollen insgesamt zum Schlußbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals noch 8000 Kubikmeter vergeben werden. — Des Weiteren sind zum Gms-Defer-Kanal ausgeschrieben: 7000 Kubikmeter Decklagensteine und 3900 Kubikmeter Unterbettungssteine.

Der Hartsteinindustrie wurden somit wieder ungeheurer Aufträge.

Kollegen müß die Zeit!

Das Rundschreiben des Herrn Brendel. Recht sonderbare Zustände scheinen in der Zahlstelle Niedermendig, Hild., des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes zu herrschen. Schon seit einigen Monaten ist geradezu eine Mitgliederflucht dort eingetreten. In einem Rundschreiben, das der große Geist Herr Peter Brendel aus Coblenz am 20. Dezember an die ehemals christlich organisierten Kollegen verschickte, bittet er sie dringend, doch dem Keramarbeiterverbande treu zu bleiben. Die Ursache des Zusammenbruchs der Zahlstelle schiebt er teilweise auf die Schuld eines Hilfskassierers und die „Heze der Genossen“. Interessant ist aber in dem Rundschreiben des Herrn Brendel noch folgendes. Es heißt da:

Solltest du infolge der obengenannten Vorgänge mit den Beiträgen in Rückstand gekommen sein, so steht es dir frei, diese nachzuführen — oder nicht. Solltest du dich zu letzterem entschließen, so kannst du einfach mit Jahresanfang weiterbezahlen; die früher geklebten Marken werden dir doch angerechnet respektive gutgeschrieben.

Zum Schluß des Rundschreibens wird dann noch gesagt, die Kollegen möchten ihre Verbandsbücher abgeben. Diese würden an den Zentralkassierer eingeschickt, und der habe alle Bücher und Belege in Händen, um eine gründliche Revision vorzunehmen. (Wir haben zu seiner Revisionsfähigkeit herzlich wenig Vertrauen. Der Berichtstatter.) Das Rundschreiben beweist Klipp und Klar, daß es sich um einen Mitgliederfang handelt. Wie Herr Brendel schreibt, werden den Kollegen, die ab 1. Januar weiter zahlen, die früher geleisteten Beiträge angerechnet. Es handelt sich also um solche Mitglieder, die nach dem Statut des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes wegen rückständiger Beiträge schon längst gestrichen sein müßten. Der Herr Bezirksleiter Brendel scheint entweder das Statut seines Verbandes nicht zu kennen, oder es existiert nicht für denselben. Wahrscheinlich denkt er an den Spruch: „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Welch heillose Kassenführung in der christlichen Zahlstelle Niedermendig vorhanden sein muß, das kann man schon daraus erkennen, daß es dem Bezirksleiter Brendel nicht möglich war, Ordnung in die Kassengehichte zu bringen, denn der Zentralkassierer mußte in Anspruch genommen werden. Ob der „Notzettel“ von Coblenz hilft — das wollen wir abwarten. Wir glauben, daß die einsichtigen Kollegen dem Verbands beitreten werden, der solchen Rummel nicht macht. Den Christlichen schwimmen die Felle immer mehr davon.

**Sonderbarer Tarifabschluß.** Die Christlichen haben endlich im Etringer Gebiet einen Tarif abschließen können. Im § 5 heißt es:

Für das Ankladen der Werksteine kann dem Steinbauer pro Kubikmeter 1 Mk. in Abzug gebracht werden und werden diese von der Verpflichtung des Steinladens entbunden.

So eine Arbeit beim Tarifabschluß steht wohl einzig in ihrer Art da. Vielleicht verlangen das nächste Mal die Unternehmer auch noch die Bahnfracht vergütet.

Der verschwundene „christliche“ Engel. Der durch den Rheinfelder Streik so berühmt gewordene „christliche“ Bezirksleiter Engel wurde später nach Saarbrücken verlegt. Er ist aber nun vom Vorstand des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes kassiert worden. Ueber die Gründe kurzten verschiedene Gerüchte. Die „Rheinische Zeitung“ schreibt, daß er zuletzt in Gebweiler gesehen wurde, wo er von dem nahe benachbarten Streikausbruch in einem großen Unternehmen der Metallindustrie



## Massen und Führer.

II.

Die widersprechende Beschlüsse beim Referendum herauskommen, lehrt die Geschichte der Northumberlander und Durham Bergarbeiter, die in der Urabstimmung den Aufbruch an die Miners Federation beschlossen, die Anerkennung der Politik und Grundzüge aber mit großer Mehrheit ablehnten! Wegen der durch diese Demokratie verursachten inneren Schwäche und Disziplinlosigkeit haben die Unternehmer wiederholt abgelehnt, mit ihnen zu verhandeln. Darum sagen die Webb: „Wenn daher das Wesen der Demokratie darin besteht, daß was alle betrifft, von allen entschieden werden soll“, und daß jeder Bürger gleichen Anteil an der Regierung haben soll, so zeigt die Geschichte der Gewerkschaften deutlich das unausbleibliche Ergebnis an. Die Regierung durch solche Ausschüsse, wie den „Amtswechsel der Reihe nach“, die Massenversammlung, das Referendum und die Initiative oder den durch ein Imperativmandat beschränkten Delegierten, führt auf geradem Wege entweder zur Kraftlosigkeit und Auslösung oder zu der unbefchränkten Vorherrschaft eines persönlichen Diktators, oder zu einer Sachverständigen-Bureaucratie. Diese Schlussfolgerung hat sich nach einem hundert Jahre langen Experimentieren den fortgeschrittenen Gewerkschaften aufgebrängt, die Verfassungen der Gewerkschaften haben eine stillschweigende Ummwälzung erfahren. Auch in der Gewerkschaftswelt stellt sich schließlich die typische moderne Form der Demokratie ein: Die aus Wahlen hervorgegangene Repräsentativversammlung, welche einen Exekutivauschuß ernannt und kontrolliert, unter dessen Leitung die ständige Beamtenschaft ihre Arbeiten verrichtet.“ So war es besonders bei den Baumwollspinnern, wo die Vertreterversammlung wirkliche Autorität über den Exekutivauschuß hat und die Delegierten Bericht erstatten, meistens wiedergewählt werden und daher große Kenntnis der Einzelheiten der Verwaltung haben. Doch ist es nach Rothstein auch hier schon zu ernstlichen Differenzen gekommen. Mehrfache Verfassungen haben die Miners Federation, wo 70 Vertreter unumschränkte Vollmacht auch in Vorschlägen haben und nach der Zahl der von ihnen vertretenen abstimmen — 1898 bei dem großen Streik traten sie achtmal zusammen — und der Gewerkschaft der Eisenbahnbediensteten, der eine dreizehnköpfige Exekutive hat, die vierteljährlich in London zusammentritt. Die Maschinenbauer, die 1892 uralte Demokratie hatten, erfährten dann die Zahl der Exekutivbeamten von 3 auf 13. Webb bezweifelt, daß diese Verfassung auf die Dauer gut arbeiten werde, da trotz der großen Zahl die Fühlung mit den Mitgliedern fehle. Im Jahre 1907 kam es dann zu einem Konflikt mit der Leitung. Es kam wegen Vorschlägen zu einem Streik, für den durch Vermittlung des Handelsministers Lloyd George vorgeschlagen wurde, abzubrechen, unter der Voraussetzung, daß bis Ostern 1908 die alten Löhne weitergezahlt und dann die Frage der Herabsetzung um 2% Prozent einem unparteiischen Schiedsgericht unterbreitet werden sollte. Die Gewerkschaftsführer rieten zur Annahme, die Urabstimmung ergab Ablehnung. In der Annahme, es liege ein Mißverständnis vor, bereite der Vorsitzende, Georg Barnes, den Distrikt und empfahl Annahme. Es erschien aber ein Flugblatt mit den bekannten Verdächtigungen, und wieder war Ablehnung das Ergebnis der Urabstimmung. Nun folgte ein siebenmonatiger Streik, in dem mehr als zwei Millionen verpulvert wurden, denn der „Erfolg“ war, daß kein unparteiisches Schiedsgericht entschied, sondern die Arbeiter die Arbeit zu den reduzierten Löhnen aufnehmen mußten. Und die weitere Wirkung war, daß Barnes seinen Posten verließ. In einem Artikel sagt er, daß „gute Freunde“ eine Atmosphäre von Mißtrauen und Verdächtigungen erzeugt hätten, von der Idee beherrscht, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen sollten. „Für mich“, fährt Barnes fort, „steht fest, daß, wenn auf Gewerkschaftsbeamte ohne jeden triftigen Grund gepöffelt wird — und dies gilt für Ortsbeamte und Zentralinstanzen — die Wirkungskraft der Gewerkschaften als Sachwalter der Arbeiterinteressen geschwächt und das kollektive Unterhandeln untergraben wird.“ Barnes vertrat den Standpunkt, daß dem Gesamtverein in solchen Fällen allein die Entscheidung zustehen müsse und die Autonomie der Zweigvereine resp. Distrikte beschränkt werden müsse. Dieser Standpunkt ist richtig! Der Krieg wird geführt mit den Mitteln der Gesamtheit, nicht aus den Mitteln einer Ortsklasse. Eventuell kann sich aus einem lokalen Konflikt ein allgemeiner entwickeln. Ob es nun aber richtig ist, die Exekutive dem Zentralvorstand allein zu übertragen, ihn allein entscheiden zu lassen, das ist eine andre Frage. Redner erinnert zunächst an die bekannten Vorgänge in Mannheim (Metallarbeiterverband), wo entgegen den Vorschlägen der Vertrauensleute und des Hauptvorstandes annehmbare Zugeständnisse abgelehnt und auf den Hinweis auf die drohende Aussperrung in einem ganzen Distrikt erwidert wurde: „Das wollen wir ja!“ Bei erneuter Ablehnung habe der Hauptvorstand den Streik für beendet erklärt und dazu in einem Flugblatt geschrieben: „Es kann ferner nicht in dem Willen der Streikenden allein liegen, die Entscheidung in solchen wichtigen Fragen zu treffen, sondern in solchen, die Gesamtheit der Arbeiter berührenden Fragen hat die Zentralleitung der Organisation die im Interesse der Gesamtheit absolut notwendigen Entscheidungen zu treffen.“ Die Arbeiter nahmen dann eine Protestresolution an, in der es heißt: „Die Versammelten erachten vielmehr das Resultat ihrer Abstimmung allein für maßgebend und richten das Ersuchen an die übrigen Metallarbeiter des Industriebezirks Mannheim-Endwigsbafen, auch ihrerseits das Urteil darüber zu fällen.“ Zentralvorstand und Ortsleiter wurden scharf verurteilt, dem Beamten der Ortsverwaltung Mannheim gekündigt! So gerieten ja auch in Hamburg die Werftarbeiter in Konflikt mit dem Zentralvorstand, und es wurde dem Genossen Hle, der sich um den glücklichen Ausgang des Streiks direkt verdient gemacht hat, indem er auf Anordnung des Zentralvorstandes eine Versammlung während der Verhandlungen nicht stattfinden ließ, gekündigt! Derselbe Konflikt wie in Mannheim hatte sich schon vorher in Stettin abgespielt: Zentralvorstand kontra Streikende! Ich bin überzeugt, daß dies nicht die letzten Konflikte waren. Die großen Gewerkschaften werden gezwungen sein, ihre repräsentativen Einrichtungen besser auszubauen. Es ist erklärlich, daß die Arbeiter eine Zentralinstanz nicht als Dolmetsch ihrer Gefühle betrachten, daß sie der Meinung sind, der besoldete Beamte verliere allmählich das lebendige Verständnis für die Gefühle des Arbeiters. Reicht es das Problem nicht zu lösen, eine Instanz zu schaffen, welcher die Arbeiter bei Krieg und Frieden das nötige Vertrauen entgegenbringen. Das Referendum ist ein äußerst schwerfälliger Apparat. Außerdem bedeutet es ja für eine kriegführende Partei geradezu Wahnsinn, die Chancen des Kampfes öffentlich darzulegen. Bei den Baumwollspinnern und Bergleuten Englands ist die Sache leicht zu machen, da die Industrie auf bestimmte Bezirke zentralisiert ist. Da lassen sich ohne große Kosten Vertreterversammlungen zusammenberufen. Anders bei Zentralverbänden, die sich über das ganze Land erstrecken. Und doch sehen wir in Deutschland, daß große Zentralverbände die Kosten nicht scheuen, in schwierigen Situationen Vertreter aus dem ganzen Lande zu

berufen. Ich verweise auf die Bauarbeiterausperrung, wo zweimal die Vertreter der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zusammentraten. Daß hinter verschlossenen Türen verhandelt werden muß, ist selbstverständlich; nur das Resultat wird öffentlich bekanntgegeben. Die Verhandlungen selbst können nur von wenigen geführt, aber die Entscheidung muß von einer größeren Zahl von Arbeitervertretern gefällt werden. Wenn die Bauarbeiter diesen Weg nicht gewählt hätten, so wäre an die Stelle des Erfolges wahrscheinlich große Disziplinlosigkeit, wenn nicht gar die Niederlage getreten. Solche Vertreterversammlungen haben größere Autorität als die Entscheidung durch eine Zentralinstanz. Die Vertreter sind verpflichtet, in der Vertreterversammlung ihren Standpunkt zu wahren, dann aber sich der Mehrheit zu fügen und ihren Kollegen gegenüber die Gesamtentscheidung zu verstehen. Diese Vertreterversammlungen sind gemischt; sie bestehen teils aus besoldeten Ortsbeamten, teils aus im Beruf tätigen Arbeitern. Die Gewerkschaften werden gut tun, dies System weiter auszubauen. Die Mitgliederabstimmung kann nur für den Fall des Angriffsrechts in Frage kommen. Und zwar ist Zweidrittelmehrheit bei geheimer Abstimmung nötig. Davon, ob sich die Arbeiter freiwillig bereit erklären, ihre Stellung aufzugeben, eventuell auf die Gefahr hin, sie zu verlieren, hängt der Erfolg des Streiks ab. Natürlich muß die Zentralinstanz immer noch das letzte Wort haben. Aber auch in solchen Fällen müssen die lokalen Führer Mut haben, ihre Meinung ihren Kollegen ungeschminkt zu sagen. Sie dürfen sich nicht zu Werkzeugen, zu Handlangern degradieren lassen. Liebedienerei hat nur das Resultat, daß sie wirklich Handlanger werden. Da ist der Meinungsumschwung bei einzelnen Genossen in der Partei interessant. Sie, die beim Hafenarbeiterstreik für die „Streikerbrüderkommission“ schwärmten, predigen heute, daß die Massen ihr Geschick selbst in die Hand nehmen sollen, proklamieren das demokratische Mißtrauen gegen alle Führer und stempeln diese zu Werkzeugen des Gesamtwillens! Die Zeiten ändern sich! Kommen aber infolge dieser Taktik große Kämpfe, müssen Opfer gebracht werden, wird sich auch die Stimmung ändern. Die Massenstimmung ist wandelbar: Heute: Postama! morgen: Kreuziget ihn! Die Massenverhimmelung, die heute im Schwange ist, ist genau so verwerflich wie der Byzantinismus. Man disticht den Massen Tugenden an, die sie gar nicht besitzen. Vor allem fehlt ihnen die Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit den Gefühlen allein ist es nicht getan. Bei allen Kämpfen ist Kenntnis der Konjunktur erforderlich. Wie oft haben wir nicht beobachtet, daß in einer flotten Periode für gearbeitet wurde, daß man Überstunden machte und viel verdiente. Kam dann die Abflauung, gab es keine Überstunden mehr, daß der Verdienst gering wurde, dann schritten Leute zum Streik, die in der guten Zeit gar nicht zum Vorgehen zu bewegen waren! Nur ein kleiner Teil befähigter Leute vermag sich einen richtigen Ueberblick zu verschaffen; das brauchen natürlich nicht immer besoldete Beamte zu sein. Aber diesen durch das Vertrauen der Arbeiter bestimmten Leuten muß man die Entscheidung übertragen. Wie wenig zweckmäßig das Referendum ist, sehen wir im Kriegsaufstande. Da war der Kopenhagener Kongress lehrreich. Die Engländer ermittelten ihre augenscheinliche Solidarität beim schwedischen Großstreik mit der Urabstimmung, die bei ihnen vorgeschrieben sei. Und da hat man sie aufgefordert, ihre Statuten zu ändern! Ein offenkundiger Verstoß gegen die „reine, wahre Demokratie!“ Wo in Deutschland praktisch noch die primitive Form der Demokratie bestand, hat man sie abgeschafft. Im Labararbeiterverband entschied der Ausschuß über Lohnbewegungen, er verlagte oft die Genehmigung; dann kam die Appellation an die Masse, die Urabstimmung, und bei geringer Beteiligung wurde regelmäßig die Berufung anerkannt! Aber man soll auch nicht in den entgegengegesetzten Fehler verfallen und die Beamtendiktatur als das allein Richtige proklamieren. Wir müssen Formen zu finden suchen, durch welche wir die Kenntnisse der Führer nutzbar machen, bei welchen aber auch die Vertrauenspersonen der Arbeiter zu Worte kommen. Nur dadurch, daß wir die Massen zur zweckentsprechenden Interessendematik zu erziehen suchen, werden wir Erfolge erzielen. Mit dem demokratischen Mißtrauen gegen die Führer werden wir nur Mißerfolge zeitigen. Die wirklich fähigen und ehrlichen Leute werden sich bedanken, als Handlanger des Massenwillens zu figurieren, und dann werden auf allen Gebieten Unfähige die politische, gewerkschaftliche und gesellschaftliche Arbeiterbewegung in den Sumpf, in die Anarchie führen. Wir müssen daher verlangen, daß auch die politische Presse ihre Schuldigkeit zur Aufklärung der Massen. Nur wenn diese zur demokratischen Disziplin erzogen werden, können wir auf Erfolge rechnen. Und Einhalt müssen wir tun dem demokratischen Treiben einzelner, die mit ihrer Massenverhimmelung die Massen zur Disziplinlosigkeit und damit zur Nachlässigkeit führen. Das liegt im Interesse der Stärkung der gesamten Arbeiterbewegung!

## Der eingestellte Kampf im Heppheimer Bezirk.

Am 5. Januar tagte unter der Leitung des Herrn Kreisrat v. Hahn abermals eine Einigungsverhandlung. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer hatten dazu ihre Vertreter bestimmt. Zugewogen war der großherzogliche Gewerberat Herr Köster aus Darmstadt, auch die beiden Vorsitzenden der beteiligten Verbände (Herr Heinmuth und P. Starke). Nach eingehender Beratung kam folgende Vereinbarung zustande:

1. Post. 25 des Bezirkstarifs vom 20. Januar 1910 erhält künftige folgende Fassung: Stöcherlöhne. Dem Stöcher wird der Stein geschossen. Er hat ihn nach den gegebenen Maßen gut zu stoßen. Blossen von über 6 Zentimeter sind zu entfernen. Alle anderen Arbeiten mit Ausnahme des Helens beim Umwinden sind nicht als Stöcherarbeit anzusehen und von Hilfsarbeitern zu verrichten. Wird der Stöcher dazu herangezogen, so ist ihm diese Arbeit im Stundenlohn zu vergüten. Kleine Steine, die ein Mann bewältigen kann, hat der Stöcher allein ohne Hilfe umzuwenden.
2. Post. 25a-c bleiben in der seitherigen Fassung bestehen mit folgendem Zusatz hinter c: ebenso plattenähnliche Stücke von weniger als 25 Zentimeter Dicke und einer Breite von 90 Zentimeter aufwärts.
3. Post. 25d bleibt gleichfalls in der seitherigen Fassung erhalten.
4. Die Dauer des Tarifs wird bis 1. März 1913 verlängert.
5. Die Arbeit wird Montag, den 9. Januar, wieder aufgenommen.
6. Die Arbeitgeber verpflichten sich, am Montag, den 9. Januar zwei Drittel der jetzt anwesenden 210 Arbeiter in ihren Betrieben einzustellen. Sie erklären sich ferner bereit, auch den Rest der jetzt aus betriebstechnischen Gründen noch nicht zur Einstellung gelangenden Arbeiter nach Möglichkeit wieder zu beschäftigen und vorerst Arbeitskräfte von auswärts nicht heranzuziehen.

5. Diesejenigen Arbeiter, welche während des Streiks weiter gearbeitet haben sowie die nicht organisierten Arbeiter, dürfen in keiner Weise belästigt werden.

6. Auch wird von den Arbeitern die Verpflichtung übernommen, über keinen der Verbandsbetriebe die sogenannte Schließsperrung zu verhängen.

7. Die Arbeitgeber erklären, daß die schwarzen Listen bereits freigegeben sind.

Eine Versammlung der beteiligten Kollegen am 6. Januar in Heppenheim lehnte die Vergleichsvorschläge (Post. 25) ab. Kollege Starke hatte diese eingehend besprochen und unter Berücksichtigung der Situation des Kampfes zur Annahme empfohlen. Am 12. Januar, nachdem abermals eine Besprechung wegen der Einstellung zwischen den Parteien stattgefunden hatte, beschloß sich erneut eine Versammlung mit dem Einigungsresultat. Vom Zentralvorstand begründete Kollege Siebold die Annahme. Nach längerer Debatte, in der das Fikr und Wider von etner großen Anzahl Kollegen eingehend erörtert war, stimmte die Mehrheit der beteiligten Kollegen dem Einigungsresultat zu. Damit hat ein Kampf seinen vorläufigen Abschluß gefunden, der schon seit Jahren „an der Bergstraße“ in der Luft lag und zu dem die Unternehmer beim alljährlichen Beginn der Wintermonate schon des öfteren provoziert hatten. Der Verbandsleitung war es bisher stets gelungen, den drohenden Kampf im Winter zu verhindern; doch diesmal scheiterten alle Versuche, denn die gereizte Stimmung beiderseits und ein gewisser Machtmangel der Unternehmer taten ihr übriges. Um was es sich bei diesen Differenzen handelte, ist den Verbandsmitgliedern bereits in früheren Artikeln dargelegt: Eine Position des Tarifs (Akkordarbeit der Stöcher), die seit Jahren bestand, aber in der Praxis für die organisierten Stöcher keine Anwendung gefunden hatte, sollte nun nach dem Wortlaut ausgeführt werden. Einmal gestattete die Beschaffenheit der Steinbrüche dieses nicht und zweitens fehlte es in den Steinbrüchen an genügenden Hilfsarbeitern, um die Nebenarbeiten, welche die Stöcher bisher mit verrichteten, zu übernehmen. Es wurde deshalb mit Recht von ihnen bestritten, daß, wenn nicht ausdrücklich bestimmt werde, daß die Nebenarbeiten in Stundenlohn besonders angerechnet werden sollen, für die Stöcher die Einführung der bisher nicht üblichen Akkordarbeit einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen gleichkomme. Ohne die Akkordarbeit prinzipiell abzulehnen, wurde von der Bezirksleitung versucht, die Akkordarbeit der Stöcher besser zu spezialisieren und eine Fixierung der zu leistenden Nebenarbeiten zu erlangen. Doch der Unternehmerverband lehnte alles ab. Darauf blieben am 24. Oktober 1910 die Stöcher der Arbeit fern, worauf die Aussperrung der Steinmehnen im ganzen Bezirk erfolgte. Das ist so in kurzem der Vorgang. Neun Wochen dauerte dieser Kampf und er wurde mit einer Erbitterung geführt, die beweist, welcher Zündstoff sich gegenseitig angesammelt hatte. Von den beteiligten Kollegen ist nicht ein Mann zum Arbeitswilligen geworden, trotzdem es nicht an Versuchen gefehlt hat, die Aussperrten druckend zu bringen. Die Unternehmer machten krampfhaft Anstrengungen, um Arbeitswillige heranzuziehen, und was niemand von uns geglaubt hatte, trat ein. Aus Niederbayern fanden sich Elemente, um den Unternehmern zur Unterdrückung ihrer Arbeitsgenossen behilflich zu sein. Dieses und andre Vorkommnisse bewirkten, daß die Situation für die Beteiligten nicht glanzstig hand und der Verbandsvorstand die Annahme der Einigungs-vorschläge anraten mußte.

Der Vergleich selber gefaltet nicht, von einem Erfolg zu reden; aber es ist auch keine Niederlage. Der Ausgang muß gemessen werden an dem, was die Unternehmer beabsichtigten; dann kann schon eher damit abgefunden werden! Bette-mühte bestritten werden, daß durch die Weiterdauer des Kampfes die Frühjahrskonjunktur gänzlich unterbunden wurde. Und so hat man arbeitserseits dem Vergleich zugestimmt. In den vorhergehenden Jahren waren im Winter stets die Brüche vollständig beschäftigt; ein Aussehen wegen Bitterung oder Arbeitsmangels ist bisher nie eingetreten. Wenn dieses bekräftigt wurde, dann schien das prognostizierte Vorgehen des Unternehmerverbandes beim Ausbruch der Differenzen mehr einem Bluff gleich zu kommen. Diese Vermutung hat der Verlauf des Kampfes nicht bestätigt! Die Unternehmer haben, nach dem Verlauf des Kampfes zu urteilen, wenig Aufträge gehabt. Es war also für sie der günstigste Zeitpunkt, auf den sie sich schon längst vorbereitet hatten. Während auf Arbeiterseite nach vergangenen Zeiten geurteilt und Schlüsse gezogen wurden, hatten die Unternehmer in aller Stille gerüstet. Die kleinen Pläne, die sie mit der Organisation der Arbeiter vor hatten, sind natürlich gescheitert. Vielleicht ist den Unternehmern nunmehr auch die Einsicht gekommen, daß eine Verhandlung, wie jetzt nach neun Wochen, vor Beginn des Kampfes besser angebracht gewesen wäre. An Versuchen unsererseits hat es nicht gefehlt. Doch der Kampf war von der andern Seite beabsichtigt, und da nützen alle Versuche nichts, bis der Abbruch vollzogen ist. Im Interesse der Industrie lag der Kampf gewiß nicht, denn einmal kammern die Unternehmer schon seit langen Jahren, daß dem Obenwaldgranit durch andre Gesteinsmaterialien Absatzgebiete entzogen werden, und das andre Mal werden Differenzen provoziert, die dem Absatzgebiet des Obenwaldgranits mehr Schaden zufügen, als alles andere. Wenn nicht zu raten, ist nicht zu helfen, die Erfahrung muß es bringen. Hoffentlich zeigen die Unternehmer bei der weiteren Einstellung der noch übrigen Kollegen sich nicht von der Kurzsichtigkeit, wie bei Beginn des Kampfes.

Auch auf unserer Seite können und müssen mancherlei Lehren aus dem beendigten Kampfe gezogen werden, denn was im Bezirk geflätigt wurde in der letzten Zeit des Ringens, war schon nicht mehr schön. Es muß immer wieder gesagt werden, daß in solchen Situationen nur ruhiger Ernst und Vertrauen in die zur Führung bestimmten Kollegen angebracht sind. Alles andre ist von Uebel! Damit soll nicht gesagt werden, daß man zu allen Maßnahmen Ja und Amen gesagt werden muß; aber Nervosität ist stets ein schlechter Ratgeber und nimmt einem die Ueberzeugung von der eigenen Kraft.

An der Bergstraße haben wir seit Jahren recht tüchtige Kollegen, die keine Nähe und all die Unannehmlichkeiten der Kleinarbeit nicht scheuen haben, um die Organisation zu dem zu machen, was sie dort vorstellt. Für diese mag es nun bitter sein, unter denjenigen zu glänzen, die aus betriebstechnischen Gründen momentan nicht zur Einstellung kommen konnten. Eine Zeit oder Frist konnte nicht festgesetzt werden; aber Ursache zum Kopf hängen lassen haben diese Kollegen nicht. Die Solidarität der Eingestellten bewies sich ja glänzend in der Versammlung am 12. Januar, und der Verband selber steht hinter diesen Kollegen. In allen Betrieben meldeten sich die nötigen Funktionäre freiwillig! Wohl ein Beweis, daß die Organisation im Bezirk bleiben wird, was sie bisher war. Nötig ist natürlich, daß die Bergstraße so lange von fremden Granitarbeitern und den während des Kampfes Abgereisten gemieden wird, bis alles dort wieder eingereicht ist! H. S.

## § 253 vor dem Reichstag.

Im Reichstage wurde in der verfloffenen Woche über die Forderung des Strafgesetzbuches beraten. Besonders § 253, der Erpressungsparagraf, fand von Seiten des Abg. Stadthagen (Soz.) eine eingehende Würdigung. Da die Ge-

werkschaftsvertreter sehr häufig mit dem Erpressungsdelikt in Kollusion gerichten, so finden wir uns veranlaßt, die vortreffliche Rede unseres Genossen, welche er am 14. Januar im Reichstage hielt, wiederzugeben. Stadthagen fährt aus:

Wir haben es erlebt und erleben es fortgesetzt, daß der Erpressungsparagraph von der Rechtsprechung benutzt wird, um die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen, ja, in ihrer Existenz zu bedrohen. Oftmals haben mein Freund Heine und ich auf die Gefahren hingewiesen, die der gewerkschaftlichen Organisation aus der eigentümlichen Auslegung des § 253 erwachsen. Die gegnerischen Einwände, daß es sich nur um einzelne Erscheinungen handle, haben sich als völlig unfundiert erwiesen, die Auslegung des § 253 durch unsere Berichte hat es fertiggebracht, daß die Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Streik- und Koalitionsrechts zum gemeinen Verbrechen der Erpressung gestempelt worden ist, daß man ehrenwerte Arbeiter wie gemeine Verbrecher bestraft hat. Diese Art der Anwendung und Auslegung des § 253 stammt aus jener Zeit, da der Minister v. Puttkamer hinter jedem Streik die „Hydra der Revolution“ sah. Damals wurde das erste jener zahllosen Urteile gefällt, durch die ehrliche Lohnkämpfe als Erpressungen gebrandmarkt wurden. Die bedauerliche Rechtsverirrung griff immer weiter um sich und ihr verfielen höhere und niedere Gerichte. Dem Arbeiter wurde gesagt: du hast das Recht zum Streik, aber wenn du den Streik androht, suchst du dir in erpresserischer Weise einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Ein Maurer wurde, weil er sich durch bloße Ankündigung des Streiks eine Erhöhung seines Stundenlohnes von 43 auf 45 Pfg. zu verschaffen suchte, als Erpresser zu sechs Wochen Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. (Aha! hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben mehrfach, leider aber stets vergebens, Maßnahmen gegen diesen schreienden Mißbrauch des § 253 gefordert und beantragt. Aber auch weit hinaus über das Gebiet des Arbeiterrechtes, wo sie geradezu vernichtend auftritt, hat diese Art der Rechtsprechung Verwirrung und Verwirrung angerichtet. Das Reichsgericht hat dem § 253 eine Ausdehnung gegeben, die geeignet ist, das ganze wirtschaftliche Leben lahmzulegen. So z. B. hat es Handwerker zu Erpressern gestempelt, die erklärten, ihre Lieferungen einzustellen, wenn nicht die früheren Lieferungen bezahlt würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als Erpresser wurde ein Ehemann bestraft, der einem Verleider seiner Ehefrau anheimstellte, 150 Mk. für einen wohlthätigen Zweck zu zahlen, worauf dann keine Anklage erfolgen sollte. Also auch das wurde als Erpressung angesehen, obwohl doch von einem eigenen Vermögensvorteil des Ehemannes gar keine Rede war. (Hört! hört!) Im Sinne dieser Rechtsprechung ist das aus dem Moabitler Prozeß bekannte Ansinnen an den Schuhmannslohn, gegen Zurücknahme der Anklage eine Geldsumme zu zahlen, vollendete Erpressung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine besonders weite Ausdehnung hat man dem Erpresserparagraphen gegeben, um die Verbetätigung für Arbeiterorganisationen zu einem strafbaren Vergehen zu stempeln. Es ist unglücklich, was man alles als Erpressung bezeichnet hat. Schon die bloßen Worte: „Tritt dem Verbande bei, es wird dein Schaden nicht sein.“ sind als Erpressung betrachtet worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), denn, so heißt es in dem betreffenden Urteil, der Beitrag des Arbeiters, den der Angeklagte für den Verband zu gewinnen sucht, ist ein rechtswidriger Vorteil des Verbandes und damit auch des Angeklagten als eines Mitgliedes des Verbandes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Während man den Begriff der Erpressung in derart unmoralischer Weise dehnte und streckte, um die Arbeiterorganisationen zu treffen, waren die Gerichte recht zurückhaltend, wenn Arbeitgeberorganisationen in Betracht kamen. Unfraglich fallen nach der Ausdehnung, die die Gerichte bis zum Reichsgericht herauf dem § 253 gegeben haben, zahlreiche Handlungen der Kartelle, Syndikate usw., die Bedrohung der Arbeiter mit Aussperrung, die Bedrohung der Außenseiter mit geschäftlichen Schädigungen, unter den Begriff der Erpressung. Anklagen sind aber nicht erhoben worden. Entweder also ist in ungeschlicher Weise die Strafverfolgung der Unternehmer unterlassen worden, oder aber die Arbeiter und Arbeiterorganisationen sind zu Unrecht verurteilt worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Erst in den letzten Jahren sind auch Arbeitgeber, auch einzelne Syndikate bestraft worden, wenn sie gegen § 253 der Gewerbeordnung verstoßen. Jetzt brennt auch den Unternehmern das Feuer unter den Nägeln und daher kommt die Vorlage. So sehr wir uns aber auch freuen, daß man endlich versucht, diese Materie auszuschneiden, so wenig können wir mit dem Ergebnis der Kommissionsberatungen zufrieden sein. Man hat in dem bisherigen Paragraphen einfach einige Worte hineingestreut, nämlich „wer das Vermögen eines andern beschädigt“. Danach, meinen die Regierungsvertreter, würden die trüglichen Urteile aufhören. Ich glaube das nicht. Es bleibt ja bestehen, daß die Strafe wegen Erpressung eintreten kann, wenn die Leistung und Gegenleistung in beträchtlichem Mißverhältnis stehen. Dadurch allein ist schon für mich der Paragraph unannehmbar. Es darf unter keinen Umständen dem Richter überlassen bleiben, eine Taxe für die Arbeitskraft festzusetzen, dadurch könnten wir leicht zu einer Höchsttaxe kommen. Wenn der Arbeiter 45 Pfg. Stundenlohn statt 43 Pfg. fordert und der Richter erklärt, 44 seien genug, so würde der Arbeiter nach wie vor wegen Erpressung bestraft werden, es ist also nicht das geringste dem bestehenden Zustand gegenüber geändert; von der Arbeitskraft wird überhaupt nicht gesprochen, sie fällt ja auch nicht unter den Begriff des Vermögens, und deswegen kann der Arbeiter von dieser neuen Fassung des § 253 gar keine Vorteile haben. Auch der Hausbesitzer kann wegen Erpressung bestraft werden, der seinem Mieter sagt, wenn er eine höhere Miete nicht zahlt, wird er gekündigt. Vielleicht wird das Reichsgericht solche Fälle ausschließen. Um so größer ist dann die Luft, wenn Arbeiter nach wie vor als Erpresser verurteilt werden.

In der Kommission suchte man den Uebelständen dadurch zu steuern, daß man den beiden Begriffen „rechtswidriger Vermögensvorteil“ und „Drohung“ zu Leibe ging, das reicht aber nicht aus und deswegen haben wir unsere Anträge gestellt. Sie sollen nicht bloß die Fälle umfassen, die den Arbeiter treffen, sondern auch die Fälle, wo jemand wegen Erpressung verurteilt wird, weil er fordert, daß sein Verleider sich von der Anklage durch eine Zahlung in die Armentafel loskauft und dergleichen.

Nach unserer Fassung ist die Rechtsprechung ausgeschlossen, welche verkehrend auf die Moral der herrschenden Klassen gewirkt hat. Sie sprechen hier von einem Notgesetz, das nur schreiende Mißstände beseitigen soll. Kann es denn einen schreienden Mißstand geben, als den, den wir hier beseitigen wollen?

Weiter ist es auch erforderlich, den Begriff der Drohung anders zu fassen. Das Reichsgericht erklärt Drohungen schon in der Ankündigung eines Boykotts, oder in der Ankündigung, daß jemand, der Schuldzinsen zahlt, in einer Gewerkschaftszeitung bekannt gemacht werden soll. Bleibt das Reichsgericht bei seiner Auslegung, so ist jedes Feilschen um die Arbeitskraft unmöglich gemacht. In dem grundlegenden Urteil sagt das Reichsgericht, der Arbeiter wird verurteilt, weil er seine Forderung einseitig geltend gemacht hat. Als ob jemals eine Partei anders verfahren könnte! Bezüglich der Drohung ist in der Vorlage nichts geändert, deshalb bleibt sie wesenlos. Sie bietet nur den Vorteil, daß die Klassenjustiz noch schärfer hervortreten wird wie bisher, weil nur der Arbeiter bestraft wird, der ja kein Vermögen hat. Er besitzt nur seine Arbeitskraft, die unter den Begriff des Vermögens nicht fällt. Nach der Vorlage würde also das Unrecht, das wir so scharf beklagen, verewigt werden. Andernfalls bitte

ich gegen die Kommissionsfassung zu stimmen. Dann soll es lieber so bleiben, wie es ist, als durch die neue Bestimmung der Arbeiter zum Verbrecher gestempelt wird, der Unternehmer aber straflos bleibt. In den Jahren 1896, 1897 und 1899 haben wir alle Redner zugestimmt, als ich diese horrenden Uebelstände zur Sprache brachte. Heute bin ich in der Vorführung von Urteilen auf diesem Gebiete sehr zurückhaltend gewesen. Ich könnte Hunderte von Urteilen anführen, die beweisen, daß Hunderte von Arbeitern bestraft sind, weil sie nichts anderes getan haben, als versucht zu haben, zu unterhandeln, bevor sie in den Streik getreten sind. Wie können Sie es dulden, daß auch nur einen Augenblick eine Rechtsprechung weiter besteht, die den anfänglichen Arbeiter, welcher höhere Lohnforderungen in Anspruch nimmt, als ehrlos hinstellt, als Erpresser. Nichts hat so erbitternd gewirkt, als daß man rastlos für das Wohl der Familie und für das der Allgemeinheit strebende Arbeiter eben um dieses Strebens willen und wegen ihrer Friedensliebe als Erpresser verurteilt. Machen Sie dem dadurch ein Ende, daß Sie unsere Anträge annehmen. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Leider wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Auch das Zentrum mit seinen „Arbeitervertretern“ erwies sich wiederum vollstündlich.

## Aus einer Abrechnung der Christlichen

teilt die „Bergarbeiter-Zeitung“ folgende interessante Ergebnisse einer Nachprüfung der von den „Christlichen“ gegebenen Abrechnung mit: „Das christliche General-Zentralsekretariat hat unter dem bombastischen Titel: „Jahrbuch“ einen ganz gewöhnlichen Taschenkalender herausgegeben, der richtiger den Titel „Schwindelbuch“ verdient; denn er ist ein neuer Beweis, wie die armen Nachläufer des M.-Gladbacher „Christentums“ betrogen und irreführt werden. Der Kalender enthält mehrere Artikel zur Verherrlichung der M.-Gladbacher Arbeiterzerpflüchterung, von denen der erste „Auskunft“ geben soll über die Entwicklung und den Stand der M.-Gladbacher im Jahre 1900. Von 1903 bis 1909, heißt es, wuchsen die Einnahmen von 4 394 745 Mark auf 4 612 920 Mark, der Vermögensbestand von 4 513 409 auf 5 365 338 Mark an, und dann folgen größere Zahlenkolonnen, die bis „in die Details“ die angeführte „Auskunft“ — ziffernmäßig geben. Die Mehrheit der Leser dieses famos „Jahrbuchs“ wird die Zahlen nicht nachprüfen, vor allem die „christlichen“ Mitglieder nicht, sondern sie als „richtig“ hinnehmen und sie in der Agitation stramm gegen den — Umsturz verwenden. Wir haben jedoch gelernt, alles, was von M.-Glabbach kommt, recht kritisch zu prüfen, und so haben wir uns der Mühe unterzogen, die Zahlenreihen nachzuprüfen. Leider kann sich kein Mensch aus dem Wirrwarr der „Auskunft“ herausfinden. Nachstehend geben wir die Zahlen als Preisstüffel wieder: Auf Seite 27 finden wir die Ausgaben aufgestellt für Verbandsorgane, Streik-, Gemäßigten-, Reise- und Arbeitslosenunterstützung, Kranken-, Sterbegeld und Rechtschutz, während auf Seite 25 die gesamten Jahreseinnahmen und Jahresausgaben einander gegenübersehen. Diese Zahlen geben folgendes Bild:

Jahr	Die angeführten Unterstellungen Mk.	Gesamt-Jahresausgaben Mk.	Differenz Mk.
1905	1 434 129	2 150 511	716 382
1906	1 627 231	2 709 280	1 082 029
1907	1 780 483	3 193 978	1 413 495
1908	1 777 066	3 556 224	1 778 258
1909	2 079 918	3 843 504	1 763 586
Summa	8 699 727	15 453 477	6 753 750

Wir finden hier in den fünf Jahren eine Differenz von 6 753 750 Mark, die für Verwaltung, Agitation usw. ausgegeben sein müssen, woraus die heutzutage Arbeiter erschau, was sie jährlich zur Selbsterziehung ausgeben. Man wird man christlicherseits bestreiten, daß diese gewaltigen Summen für Verwaltung, Agitation, Agitatorengehälter usw. ausgegeben worden sind. Aber, so fragen wir, wo sind sie denn hingelommen? Für die Jahre 1905 bis 1908 sind die Ausgaben für Verwaltung, Agitation, Gehälter usw. nicht angeführt, lassen sich deshalb nicht nachprüfen, dahingegen sind für 1909 alle Ausgaben einzeln aufgeführt, und wurden für die einzelnen Posten ausgegeben:

Verbandsorgane	404 050 Mk.
Agitation	448 218 "
Streik- und Gemäßigtenunterstützung	489 028 "
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	195 536 "
Krankengeld	647 723 "
Sterbegeld	197 089 "
Rechtschutz	146 497 "
Sonstige Unterstüzung	27 605 "
Gehälter	117 059 "
Verwaltungskosten	198 452 "
Bibliothekbildung	39 235 "
Summa	2 901 487 Mk.

In dieser Aufstellung sind, wie jeder sieht, alle Ausgaben bis „in die Details“ aufgeführt, und stimmen die Posten auch ganz genau mit den dafür angeführten Zahlen auf Seite 27 überein. Aber in den gesamten Jahresausgaben werden nicht 2 901 487 Mark, sondern 3 843 504 Mark angegeben; das macht eine Differenz von 942 017 Mark! Wofür sind nun diese 942 017 Mark, die in der detaillierten Aufstellung fehlen, eigentlich ausgegeben worden und wo soll man sie suchen? Es ist doch nicht anzunehmen, daß die so „korrekt“ geleiteten „christlichen“ Gewerkschaften in einem Jahre fast eine Million ausgeben, ohne Angaben darüber machen zu können, wofür diese gewaltige Summe ausgegeben wurde. Im „Jahrbuch“ findet sich eine Aufklärung darüber nicht, kann sich nicht finden, da doch alle Posten einzeln aufgeführt und von uns nachgedruckt wurden. Wohl findet sich auf Seite 27 noch eine Zahlenaufstellung, in der die Streik- und Gemäßigtenunterstützungen mit der obigen Tabelle übereinstimmend nochmals enthalten sind, und dann noch eine besondere Zahlenreihe: „Sonstige Unterstüzung“. Aber diese „sonstigen Unterstüzung“ sind nichts anderes als eine nochmalige Aufzählung der schon angeführten Unterstüzung, was folgende Zahlen unwiderleglich beweisen. Für 1909 werden auf Seite 24 als „sonstige Unterstüzung“ aufgeführt: 27 305 Mark, während die „sonstigen Unterstüzung“ für 1909 auf Seite 27 mit 1 214 450 Mark prangen! Diese Zahlen finden wir in folgenden Posten für 1909 heraus:

Reise- und Arbeitslosenunterstützung	195 536 Mk.
Krankengeld	647 723 "
Sterbegeld	197 089 "
Rechtschutz	146 497 "
Sonstige Unterstüzung	27 605 "
Summa	1 214 450 Mk.

Da haben wir die genau übereinstimmende Zahl der angeführten „sonstigen Unterstüzung“ für das Jahr 1909. Die Differenz von 942 017 Mark bleibt unberührt bestehen; aber wollen wir selbst diese „sonstigen Unterstüzung“ den Ausgaben noch hinzurechnen, entsteht eine neue gewaltige Differenz. Zahlen wir 1 214 450 Mark „sonstige Unterstüzung“ zu den detaillierten Ausgaben für 1909 noch hinzu, dann ergibt sich, daß die gesamte Jahresausgabe nicht mehr 3 843 504 Mark, sondern 4 215 937 Mark ausmacht, mithin mehr 372 433 Mark. Die „christlichen“ Gewerkschaften haben mithin im Jahre 1909 allein entweder 942 017 Mark mehr ausgegeben als im „Jahrbuch“ angegeben sind, oder 372 433 Mark weniger. Hier scheint der „kleine Junge“ seine Hand im Spiel zu haben, und so ist anstatt eines Jahrbuchs ein Schwindelbuch erschienen, als neues Be-

weisstück für die Unehrlichkeit, Zweideutigkeit und Hohlheit des M.-Glabbacher Rudelbuddels. Und wenn das offizielle „Jahrbuch“ schon nicht mehr stimmt, was soll dann noch stimmen?

## Heimarbeiterschutz.

Eine einmütige, imposante Kundgebung war es, die ein Deutscher Heimarbeiterstag am 12. Januar noch in letzter Stunde vor Beratung des Heimarbeitergesetzes im Reichstag veranstaltete, um einen wirksamen Heimarbeiterschutz herbeizuführen.

Der Einladung des Bureau für Sozialpolitik waren Vertreter aller Gewerkschaftsorganisationen — etwa 350 an der Zahl — zu der Tagung erfolgt. Außer zahlreichen bekannten Sozialpolitikern und Reichstagsabgeordneten waren auch die Reichsregierung, das Handelsministerium und die württembergische, badische und elsass-lothringische Regierung sowie 18 Unternehmervereine vertreten.

Wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Erfahrung poarten sich hier zu einem Urteil über den vorliegenden Gesetzentwurf, das dem vom Referenten Professor Wilbrandt gefällten Urteil entsprach: In der Form geschickt, an wirklicher Hilfe für den Heimarbeiter ein ärmlisches Gesetz! Eine Reglementierung der Not durch Strafe! Der durch das Gesetz gewollte Heimarbeiterschutz würde sich nach der jetzigen Fassung der Gesetzesvorlage in eine Last für den Arbeiter umwandeln. Dieser hätte den Gesetzentwurf zu fürchten, nicht die Unternehmer, die sich jetzt schon dagegen wenden. Eine Heimarbeiterausstellung nach Inkrafttreten des Gesetzes würde wohl die im Wohn- und Schlafraum des Heimarbeiters hergestellten Lebens- und Genußmittel nicht mehr zur Schau bringen, dafür aber den bestraften Heimarbeiter, der bei Uebertretung der neuen Gesetzesbestimmungen betroffen worden ist. Und da unmöglich jemand auch noch den armen, schuldlosen Heimarbeiter wird bestrafen wollen, so werden die Strafbestimmungen sehr mit Bedacht gehandhabt werden müssen, und so bliebe alles beim alten.

In Professor Wilbrandts Referat bildete mit Recht die Lohnfrage den Hauptteil. Höhere Löhne seien der beste Arbeiterschutz auch in der Heimindustrie. Da nun der Gesetzentwurf eine staatliche Lohnregulierung nicht vorsehe, so seien alle andern Bestimmungen in ihm eigentlich nur das Beiwerk für einen Heimarbeiterschutz. Allgemeine Einführung von Lohnrechnungsblättern, obligatorischer Aushang von Lohnlisten und Entschädigung für unverschuldete Zeitversäumnis beimholen oder Bringen von Arbeit seien zudem für das neue Heimarbeitergesetz zu fordern. Auch das Arbeitskammergesetz müsse den Heimarbeiterschutz ergänzen. Es müsse eine Verpflichtung vorgesehen werden zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Löhne in der Heimarbeit und Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine. Und für die Reichsversicherungsordnung wäre zu fordern: die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Heimarbeiter nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die sämtlichen übrigen Zweige der Arbeiterversicherung.

Die Festsetzung der Mindestlöhne müßte durch zu bildende Lohnämter erfolgen. An dem Wort „Lohnämter“ werde vielfach Anstoß genommen. Die Heimarbeiter und ihre Freunde wollen keineswegs eine Art polizeilicher Diktierung der Löhne, sondern nur in paritätischer Weise durch Unternehmer- und Arbeitervertreter festgesetzte Mindestlöhne für einzelne wenige Industrien, für die Glendindustrien in Deutschland. Irrig sei es, zu befürchten, daß Löhnerhöhungen den deutschen Export gefährden könnten. Es sei eine alte Erfahrung, daß höhere Löhne durch härteren mechanischen Produktionsbetrieb ausgeglichen werden. Und wegen der Durchführung dieser Bestimmungen für die Einhaltung der Mindestlöhne verweise wohl der Referent auf die in England vorgesehenen hohen Strafbestimmungen, meine aber, daß weit wichtiger bei der Festsetzung von Mindestlöhnen sei das Erstarren und Aufblühen der Arbeiterorganisationen; diese würden dem Gesetz erst das Rückgrat geben. Die deutsche Regierung sollte mit mehr Selbstbewußtsein und weniger Jaghaftigkeit an die Durchführung solcher sozialer Reformen herangehen und nicht dem Auslande hierin den Vortritt lassen.

Der Deutsche Heimarbeiterstag bedeute nicht das Ende für die Propagierung eines wirksamen Heimarbeiterschutzes, sondern den Anfang; er soll aber eine entscheidende Wendung für Hunderttausende von schlecht entlohnten Arbeitern bringen.

In der Diskussion gruppierte sich dann das Hauptinteresse um die Forderung der Errichtung von Lohnämtern und der staatlichen Regelung der Löhne für die Heimarbeiter.

Freiherr v. Berlepsch gestreute die prinzipiellen Bedenken, die die Reichsregierung bei dieser Forderung bekundet hat. Zahlreiche Vertreter aus den Industrien dokumentierten durch Beispiele aus der Praxis, wie gerade in den Glendindustrien Lohnämter segensreich wirken könnten. Der Vertreter der Portefeuille legte in interessanter Weise dar, wie durch seine Organisation gerade in der im Gewerbe vorherrschenden Hausindustrie die Löhne für die Heimarbeit durch Tarife geregelt sind. Laut Tarifvertrag sind dort die Unternehmer angewiesen, Lohnlisten auszuhängen, und sie werden in eine Buße bis zu 200 Mk. genommen, wenn sie dieser Anforderung nicht genügen, oder nicht gleiche Löhne für Werkstatt- und Heimarbeiter zahlen. Wirkungsvoll war es besonders, als er darauf hinwies, daß Unternehmer und Arbeiter gemeinsam an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet haben, in der die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Heimarbeiter verlangt wird, und daß darauf bis heute noch keine Antwort erfolgt ist, obgleich die Eingabe schon 1909 eingereicht wurde.

Der Vertreter der Schuhmacher, Genosse Simon, wies treffend darauf hin, daß wohl in einer so kleinen, auf einige Orte begrenzten Industrie, die die Arbeiter zu 90 Prozent organisiert hat, eine solche gewerkschaftliche Selbsthilfe ausreichen könne, daß aber in Glendindustrien, so auch in der Schuhmacherei, die gewerkschaftliche Selbsthilfe versage — bei einem Wochenverdienst von 5 Mk. ohne Kost und Logis! —, wie es in Oberfranken in der Schuhmacherei anzutreffen ist. Diese Arbeiter können sich nicht organisieren. Hier müssen gesetzliche Maßnahmen eingreifen.

Eberle, der Vertreter des Tabakarbeiterverbandes, bezeichnete den Gesetzentwurf noch ungünstiger als den im Jahre 1907 für die Tabakindustrie vorgelegten. Damals sei ein gänzlichliches Verbot der Fabrikation von Zigarren in Schlaf- und Wohnräumen der Heimarbeiter vorgesehen, jetzt ist es in das Belieben der Behörden gesetzt, die ein solches Verbot erlassen können.

Um diese eingehende Diskussion des Gesetzentwurfs gruppierte sich eine reichliche Darstellung erschreckender Zustände vom Glend der Heimarbeiter. Aus der Spielwarenindustrie wurden Löhne angeführt, die geradezu entsetzlich wirken. Zwei Personen verdienen 9 Mk. pro Woche bei vierzehn- bis fünfzehnstündiger Arbeitszeit, drei Personen 8,50 Mark, einer Heimarbeiterin ist der Preis für gelieferte Ware von 9 Mk. auf 6 Mk. durch den Zwischenhändler gedrückt worden, sie mußte aus Not den Lohn annehmen usw.

Die anwesenden Vertreter der Regierung werden durch diese Darstellung des Glends in der deutschen Heimindustrie hoffentlich zu dem Urteil gekommen sein, daß von der Gesetzgebung das zu verlangen ist, was Professor Franke für die Heimarbeiter sagte: Schafft uns das, was wir brauchen für unser Leben, für unsere Existenz!

## Kollegen! Agitiert für eure Organisation!